Nr. 131. Halle (Saale), Freitag, den 7. Juni 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monat. 1.— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1.— Mk., vierteljährl. 3.— Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgeld extra. Für Kriegsteilnehmer 80 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmittags.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 43-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1615.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene, 46 mm breite Kolonelzeile kostet 20 Pfg., für auswärts das Vertreiungsgebiet 25 Pfg. Anzeigen unter Text: für die 22 mm breite Reklamezeile 75 Pfg. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, geöff. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 43-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anzeigen, Abbestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Wider Zensur und Belagerungszustand.

Rede des Abg. Haase (unabh. Soz.) in der Donnerstagsitzung des Reichstags.

M. H., von einer Reihe von Rednern ist die unbestreitbare Tatsache festgestellt worden, daß das Interesse an den Zensurdebatten immer mehr und mehr abflaut, und es ist sogar mit Recht von dem Herrn Abg. Dr. Müller (Meiningen) erklärt worden, daß sich allmählich eine Stimmung der Hoffnungslosigkeit eingestellt habe. In der Tat ist es so. Aber wenn der Herr Abg. Dr. Müller (Meiningen) heute wiederum einen energischen Appell an die Regierung gerichtet hat und von ihr eine Abhilfe erwartet, so täuscht er sich. Sein entschiedener Ausruf: „So darf es nicht weitergehen", ist heute nicht zum erstenmal in diesem Hause ertönt, sondern schon mehrfach vorher. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Es ist so weitergegangen wie bisher. Wie die Fülle des Materials, das in diesen Tagen von den verschiedensten Rednern in diesem Hause vorgetragen worden ist, beweist, sind die Zustände auf dem Gebiete des Belagerungsgesetzes nicht besser, sondern immer und immer schlechter geworden. (Zust. b. d. U. Soz.)

M. H., es offenbart sich darin die ganze Ohnmacht des Reichstages. Die Mißachtung, die die Regierung in den Forderungen und Wünschen des Reichstages entgegenbringt, wird bestehen bleiben und muß bestehen bleiben, solange der Reichstag nicht von seinen eigenen Machtmitteln Gebrauch macht. Nicht das Vertrauen auf die Regierung, sondern die Anwendung dieser Machtmittel des Reichstages allein kann dazu führen, daß wir aus den unwürdigen Zuständen herauskommen. (Zust. b. d. U. Soz.) Der Herr Abg. Dr. Müller (Meiningen) glaubt eine Besserung herbeiführen zu können, wenn die militärische Zensur allein bestehen bleibt, dagegen die politische Zensur aufgehoben wird. M. H., die Regierung betont ja wiederholt, daß wir gar keine politische Zensur haben. Wie Sie auch immer den Antrag formulieren mögen, daß die politische Zensur aufgehoben werden solle, immer wird die Regierung eine Handhabe finden, unter dem Deckmantel des militärischen Interesses, das durch Erörterungen in Versammlungen und in Zeitungen berührt werde, einzuschreiten. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.)

M. H., es gibt nur ein einziges Mittel. Das ist die

Beseitigung des Belagerungszustandes.

Es ist nicht richtig, das meine Fraktion etwa ihren Antrag, den sie bisher immer gestellt hat, aufgegeben habe. Sie hält an ihrem Standpunkt fest und wünscht nach wie vor, daß dieser Belagerungszustand beseitigt wird. Sie hat allerdings die Erfahrung machen müssen, daß es in diesem Hause unmöglich ist, für ihre Auffassung eine Mehrheit zu erlangen. Das wird sie aber nicht hindern, bei jeder Gelegenheit, wo es ihr möglich ist, immer wiederum ihren Standpunkt zu vertreten. (Zust. b. d. U. Soz.)

M. H., der Herr Staatssekretär Wallraf hat die Zensur zu rechtfertigen gesucht, indem er auf eine Reihe von Artikeln in der Rheinischen Zeitung hinwies. Ja, wir haben uns verwundert gefragt, was denn diese Artikel beweisen. Wenn der Herr Staatssekretär schon gegen solche Auffassungen mit der Zensur einschreiten will, dann wird er lediglich damit beweisen, daß er viel reaktionärer ist, als allgemein angenommen wird. Der Herr Staatssekretär regt sich darüber auf, daß in der Rheinischen Zeitung von der Versklavung der Arbeiterklasse gesprochen worden ist, und er fragte: Worin zeigt sich denn diese Versklavung? Er braucht nur einen einzigen Arbeiter herauszugreifen, und er wird erfahren, daß noch niemals die Arbeiter unter einem solchen Druck gestanden haben wie gegenwärtig. Das Hilfsdienstgesetz ist eine Fessel, die die Arbeiter kaum ertragen können. Es ist aber bekannt, daß gerade dann, wenn die Arbeiter sich regen, wenn sie sich betätigen wollen — und ich werde dafür nachher noch ein umfangreiches Material beibringen — daß ihnen die Möglichkeit genommen wird, daß ihre Versammlungen verboten werden, daß die Zeitungen zensuriert werden, in denen sie ihren Beschwerden Ausdruck geben. Dem Herrn Staatssekretär ist auch bekannt, daß die Schutzbestimmungen der Arbeiter, der Frauen und Kinder seit Beginn des Krieges beseitigt sind, und daß das Verlangen, endlich wieder einmal den Frauen und Kindern den Schutz angedeihen zu lassen, bisher auf taube Ohren gestoßen ist. Dem Herrn Staatssekretär ist bekannt, daß Tausende von Arbeitern lediglich, weil sie die Forderungen ihrer Klassen vertraten, aus den Fabriken, in denen sie arbeiten, sei es, weil sie für militäruntauglich erklärt waren, sei es, weil sie als besonders qualifizierte Arbeiter von ihren Unternehmern reklamiert waren, herausgerissen und auch als militäruntauglich ins Heer gesteckt worden sind. Dem Herrn Staatssekretär muß bekannt sein, daß nach dem letzten Streik Hunderte und Hunderte zum Teil

verkrüppelte Leute in den Militärrock gesteckt

worden sind und daß über sie Listen geführt werden mit den bekannten B 18. Wer unter dem Signum B 18 steht, weiß, daß er es beim Militär, mag er untauglich sein oder nicht, nicht gut hat. Er ist von vornherein verfemt. Wenn da eine Zeitung, und zwar ein so maßvolles Blatt wie die Rheinische Zeitung, von Versklavung der Arbeiterklasse spricht, so hat sie wahrlich guten Grund dazu gehabt.

Der Herr Staatssekretär monniert es, daß die Rheinische Zeitung in einem Artikel nicht genügend Rücksicht auf die monarchischen Gefühle genommen habe. Ja, seit wann ist es denn nicht erlaubt, auch eine andere Auffassung, selbst eine republikanische Auffassung bei uns in Deutschland zum Ausdruck zu bringen? Es wird doch wohl erwartet werden können, daß, wenn man auf die monarchischen Gefühle Rücksicht nimmt, auch auf die Gefühle der breiten Massen des Volkes einige Rücksicht genommen werden. Davon ist gar keine Rede. Wie der Imperialismus seine infamsten Orgien aufführt, so haben wir noch nicht bemerkt, daß, obwohl dadurch die allergrößte Beunruhigung in das Volk hineingetragen wird und obwohl das zur Verlängerung des Krieges führt, obwohl damit Tausende von neuen Opfern auf dem Felde gebracht werden müssen, da auch ein so zartbesaitetes Gemüt bei der Regierung sich zeigt und daß von der Regierungsseite erklärt wird: das geht nicht, man muß doch auch Rücksicht auf die Gefühle der Andersdenkenden, der Massen der Arbeiter, nehmen, die von dem Imperialismus und Materialismus, von der Fortsetzung des Krieges bis zum Aeußersten nichts wissen wollen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.)

Der Herr Staatssekretär hat darauf hingewiesen, daß auch in anderen Ländern die Zensur bestehe. Ganz gewiß, seitdem der Krieg und die Kriegspolitik in den anderen Ländern, seitdem der Imperialismus sich breiter als vorher gemacht, sind auch da die bürgerlichen Freiheiten zu Schaden gekommen. Das wissen wir und haben wir oft genug hervorgehoben, und unsere Freunde in anderen Ländern haben sich nicht gescheut, ebenfalls Angriffe gegen die Regierungen deswegen zu richten. Aber ich möchte doch betonen, daß mit Recht sogar der Herr Abg. Meerfeld hat hervorheben müssen, daß er und seine Mitredakteure glücklich wären, wenn die Zensur, von England zu schweigen, in Deutschland auch nur so gehandhabt würde, wie in Frankreich. Das kommt sogar aus dem Munde des Abg. Meerfeld. Der Herr Staatssekretär meinte, daß auch die

Bolschewiki eine Zensur eingeführt

hätten. Das ist unrichtig. Der Herr Staatssekretär las, um vor den Bolschewiki graulich zu machen, eine Stelle aus einem Artikel der Leipziger Volkszeitung vor. Er hat vielleicht das Original nicht zur Hand gehabt, sondern nur einen Ausschnitt; denn ich erwarte von seiner Loyalität, daß, wenn er das Original hat, er nicht an der Stelle Halt machen wird, an der er Halt gemacht hat, sondern daß er dann die nächsten entscheidenden Sätze vorliest. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) In diesem Artikel wird nämlich ausgeführt, daß die Bolschewiki die Freiheit der Presse nicht darin begreifen, daß die Kapitalisten und Reichen die Druckereien an sich nehmen und, weil sie Besitzer der Druckereien sind, nunmehr allein die öffentliche Meinung beherrschen, sondern daß die Bolschewikiregierung es als ihre Aufgabe betrachtet hat, wie die übrigen Produktionsmittel zu verstaatlichen, so auch die Druckereien in Staatsbesitz überzuführen und sie allen Parteien zur Verfügung zu stellen, damit sämtliche Meinungen zum Ausdruck kommen können, insbesondere auch die Meinungen derjenigen Volksschichten, welche bisher in Rußland unterdrückt und geknechtet waren. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Das steht doch etwas ganz anders aus.

Ich wende mich nun zunächst zu einem Gegenstand, der bisher in der Debatte zu kurz gekommen ist und der die besondere Aufmerksamkeit dieses Hauses und der Regierung verdient. Der Herr Abg. Dr. Müller (Meiningen) hat einen Fall erwähnt, indem ein Brief des Reichsstaatsbureaus an einen Grafen von Plessen von einer mecklenburgischen untergeordneten Behörde geöffnet worden ist. Ja, m. H., das ist aber nicht ein vereinzelter Fall, das ist die allgemeine Praxis. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Wenn die Praxis so ausgeübt wird, daß die öffnende Behörde wenigstens noch kenntlich macht, daß sie den Brief geöffnet hat, wenn insbesondere die Behörde den Stempelaufdruck: militärisch oder amtlich kontrolliert und geöffnet —, dann ist das wenigstens noch eine anständige Art. Aber daneben besteht bei uns die

geheime Briefzensur, das schwarze Kabinett

(Hört, hört! b. d. U. Soz.), und das ist allerdings eine Art der Beaufsichtigung, die nicht nur, wie ich gleich nachweisen werde, gesetzwidrig und verfassungswidrig, sondern auch so skandalös ist, daß jeder anständige Mensch, auch jeder anständige Mensch in der Regierung sich von diesen Praktiken abwenden müßte. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Es ist unrichtig, wie der Herr Abg. Dr. Müller (Meiningen) anzunehmen scheint, daß nur untergeordnete Beamte diese Methoden anwenden. Nein, nein, ganz offiziell kommen sie zur Anwendung. Ich könnte ein großes Material vorlegen. Die Briefe werden meist unter Wasserdampf geöffnet und wieder verschlossen und kommen dann vier bis sechs Tage später an den Adressaten. Vielfach ist der Brief so schlecht wieder zusammengeklebt, daß, wer etwas von diesen Dingen versteht, sofort sehen kann, daß der Brief von anderen vorher geöffnet worden ist. Vielfach hat der Wasserdampf auch den Druck der Innenseite des Kuverts gelöst und beim Zusammenkleben ist infolgedessen der Druck auf der Innenseite abgeblüht. Wer also argwöhnt, daß ein Brief geöffnet werden könnte, der kann an diesen sicheren Zeichen sehen, daß er sich nicht täuscht.

Es gibt Herren in diesem Hause, und zwar nicht nur Mitglieder meiner Partei oder der anderen sozialdemokratischen Partei, deren Briefe, wie mir aus zuverlässigster Quelle bekannt geworden ist, in diesem geheimen Kabinett geöffnet worden sind, ohne daß sie bis heute eine Ahnung davon haben. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Es handelt sich dabei vielfach, da man dem Briefe äußerlich nicht ansehen kann, welchen Inhalt er hat, um einen rein familiären, intimen Inhalt; bei der Oeffnung und Durchlesung dieser Briefe werden dann hämische, unpassende Glossen über diesen intimen Teil der Briefe, die vielfach zwischen Mann und Frau gewechselt werden, gemacht. (Hört, hört! b. d. U. Soz.)

Wie ist es nun mit dem

Belagerungszustand?

Wir haben uns hier oft genug darüber ausgelassen. Solange das Belagerungszustandsgesetz besteht mit seiner Machtfülle, die es den Generalen einräumt, muß man sagen: alles, was auf diesem Boden geschieht, ist zwar vielfach ungeheuerlich, aber ist wenigstens noch mit einem Schein von Recht bekleidet, weil es sich eben auf ein Gesetz stützt. Diese Praxis aber — und zwar sowohl die öffentliche wie die geheime Briefkontrolle — ist gegen die Verfassung, und ich werde mir erlauben, Ihnen den strikten juristischen Nachweis dafür zu erbringen. Es ist das nicht nur meine Auffassung, sondern die Auffassung aller Juristen, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben. In der preußischen Verfassung ist die Beschlagnahme an zwei Stellen geregelt, in Artikel 6 und in Artikel 88. Beide Artikel — das versteht sich ja von selbst, denn derselbe Gegenstand wird nicht zweimal an verschiedenen Stellen abgehandelt — beschäftigen sich mit ganz verschiedenen Fällen. Artikel 6 enthält den Grundsatz, der dort ausgesprochen ist, an der Spitze: die Wohnung ist unverletzlich —, und setzt als Ausnahme hinzu: „Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen sowie Beschlagnahme von Briefen und Papieren sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet." Diese Verfassungsbestimmung bezieht sich also nur auf die Beznahme von Briefen und Papieren bei Gelegenheit der Durchsuchung einer Wohnung. Dagegen stellt der Artikel 88 an die Spitze den Satz: Das Briefgeheimnis ist unverletzlich —, und fügt hinzu: „Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen notwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen." Das Reichspostgesetz und die Reichstelegraphengesetze lassen Ausnahmen in der Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses ebenfalls nur bei strafgerichtlichen Untersuchungen sowie in Konkurs- und zivilprozeßualischen Fällen und auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zu. Solche gesetzlichen Bestimmungen sind in der Reichsstrafgesetzordnung, in der Reichskonkursordnung und in der Zivilprozeßordnung enthalten. In den dort festgelegten Fällen, aber auch nur in diesen, ist die Verletzung des Briefgeheimnisses auf der Post- und Telegraphenanstalt selbst in den dort vorgeschriebenen Formen zulässig. Nun glauben unkundige Personen, und auch ein Teil der Parlamentarier ist von dieser Auffassung gefangen genommen, vielfach, daß durch das Gesetz über den Belagerungszustand an diesem Rechtszustande des Artikels 88 eine Aenderung eingetreten sei. Das ist jedoch nicht der Fall. Das Gesetz über den Belagerungszustand läßt allerdings, wie Ihnen ja bekannt ist, in § 5 die Außerkraftsetzung verschiedener Artikel der preußischen Verfassung zu, darunter auch des Artikels 6 über die Verletzung des Wohnungsrechts, nicht aber des Artikels 88. Der Rechtszustand also der: Unverletzlichkeit der Wohnung ist während des Belagerungszustandsgesetzes nicht gewährleistet, dagegen ist

das Briefgeheimnis gewahrt nach wie vor

gemäß Artikel 88, der ausdrücklich nicht suspendiert ist, dessen Suspension dem Belagerungszustandsgesetz entzogen ist, unter allen Umständen auch während des Kriegszustandes. Das Briefgeheimnis darf deshalb nur in der vorher von mir erwähnten, in bestimmten Gesetzen ausdrücklich festgesetzten Fällen verletzt werden. Danach kann der Militärbefehlshaber zwar in der Wohnung auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes eine Haussuchung vornehmen und kann bei der Gelegenheit dort befindliche Briefe und anderes beschlagnahmen, das Briefgeheimnis hat er aber auf der Post so gut wie jeder andere zu respektieren. Verlangt er die Herausgabe von Briefen für das Geheimkabinett oder die Einsicht oder nimmt er sie selbst an sich, bevor sie zur Post kommen, so

bricht er die preußische Verfassung

und macht sich eine Macht an, die der Gesetzgeber bei Erlaß des wahrhaftig nicht freiheitlichen Gesetzes über den Belagerungszustand ihm mit Vorbedacht nicht eingeräumt hat. (Sehr richtig! b. d. U. S.) Die Postbeamten, die dem Befehle des Militärbefehlshabers folgen, machen sich nach unseren Gesetzen strafbar, und der Befehlshaber ist Anstifter dieser strafbaren Handlungen und ist wie sie strafbar. Der Kriegsgerichtsrat Sonntag in seinem Kommentar zum Belagerungszustandsgesetz sagt deswegen auch ganz ausdrücklich: Eine Briefzensur, eine Beschlagnahme von Briefen auf der Post darf der Militärbefehlshaber nicht verlangen. Er beruft sich auf eine Reihe von Autoritäten, ich nenne nur den Reichsgerichtsrat Galli. Über unsere Regierung weiß auch genau, daß dieser Rechtszustand besteht. Jetzt vor kurzem — die Herren wissen es alle — ging durch die Zeitungen eine Notiz der Norddeutschen Allgemeinen über den Erlaß einer neuen Verordnung der Postverwaltung. Die Postverwaltung erklärt dort in Beziehung auf Postpakete: „Polizeibeamten oder Gendarmen darf weder die Besichtigung noch die Oeffnung oder Durchsuchung von aufgelieferten Paketen in den Diensträumen oder auf den Bahnsteigen gestattet werden. Auch ist Anträgen auf Auskunftserteilung nicht stattzugeben. Der Zutritt zu den Diensträumen ist den Polizeibeamten für derartige Zwecke nicht gestattet. Eine Beschlagnahme aufgelieferter Pakete oder die Auskunftserteilung darüber ist nur auf Straf- oder kriegsgerichtliche Anordnung oder auf Verfügung der Staatsanwaltschaft zulässig." Trotz alledem wird das Briefgeheimnis täglich verletzt und somit das Gesetz mit Füßen getreten. Ich frage die Regierung, wann sie diesen groben Bruch der preußischen Verfassung endlich einmal unterlassen wird, was für Maßregeln sie ergreifen wird, damit die Verfassung wiederum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180607-18/fragment/page=0001

geachtet wird und der gesetzliche Zustand zu seinem Rechte kommt. Nicht nur gegen Mitglieder meiner Partei, gegen Mitglieder dieses Hauses, wie die Abgeordneten Buchner und Herbster, sondern auch gegen eine Reihe anderer Personen, insbesondere gegen die Vorstandsmitglieder, aber auch gegen Mitglieder rein bürgerlich pazifistischer Vereine wird diese Methode praktiziert. Es werden die Briefe geöffnet und ausgeliefert, ohne auch nur kenntlich zu machen, daß sie geöffnet worden sind. In letzter Zeit haben wir wieder eine Reihe von Fällen bei mehreren unserer Parteifreunde festzustellen, bei Carsten und bei Oerter in Braunschweig. Ich glaube doch, daß hier der gesamte Reichstag ohne Ansehen der Partei, soweit er überhaupt noch die Verfassung lassen will, soweit er auch nur

die elementarsten Rechte des Volkes

wahrt, soweit er auch nur seine eigenen Interessen im Auge behalten will, die Pflicht hat, einzuschreiten und nicht zu ruhen, bis endlich einmal diese Willkür, die auch nicht den Schein des Rechts in Anspruch nehmen kann, beseitigt ist. (Sehr wahr! links.) M. H., der preußische Justizminister und der Staatssekretär der Justiz müssen wissen, daß dieses Verfahren ein gesetz- und verfassungswidriges ist, und es ist deshalb unverständlich, wenn sie auch jetzt noch, nachdem sie von neuem darauf hingewiesen sind, nicht einschreiten, wenn sie es mit ihrem juristischen Gewissen vereinbaren wollt, daß man der Verfassung ein Schnippchen schlägt. M. H., ich mache aber darauf aufmerksam, soweit sich diese geheime oder öffentliche Briefkontrolle gegen Reichstagsabgeordnete richtet, damit zugleich ein

Bruch der Reichsverfassung,

und zwar des Artikels 31, verbunden ist. Es ist niemals darüber ein Zweifel gelassen worden, daß der Artikel 31 weit auszulegen ist, und daß, wenn es dort heißt, daß der Abgeordnete nicht in Untersuchungen gezogen werden darf, z. B. auch der Fall einbegriffen ist, daß der Abgeordnete nur als Zeuge vorgeladen wird. Dieses Oeffnen der Briefe hat ja aber den Zweck, entweder schon einen strafrechtlichen Argwohn gegen den Abgeordneten zu stärken oder eine Untersuchung vorzubereiten. Die Voraussetzungen des Artikels 31 sind also gröblichst gegeben, und will es der Reichstag zulassen, daß auch die Reichsverfassung und derjenige Teil der Reichsverfassung, der zum Schutze des Reichstages dient, denn mit dem einzelnen Reichstagsabgeordneten wird auch der Reichstag in seinen Rechten verletzt, so mit Füßen getreten wird. M. H., alles das, was auf dem Gebiete des Belagerungszustandes geschieht, ist ja so zahlreich, daß wir **wochenlang darüber reden konnten und das Material** doch nicht erschöpfen würden. Wenn der Herr Staatssekretär einzelne Fälle herausgreift und meint, sie seien nicht genügend fundiert, so will das nichts besagen, selbst wenn seine Behauptung wahr wäre, gegenüber dem Massenmaterial. Es ist bereits hier, in diesem Hause von einem Redner Klage geführt worden darüber, daß dieser Abgeordnete nicht die Möglichkeit habe, vor seinen Wählern ein einziges Mal zu sprechen. In dieser Lage ist nicht bloß er, sondern viele, ich selbst bin darunter, und mein Fall hat noch eine ganz besondere Bedeutung, wie Sie gleich sehen werden, wegen des Verhaltens der in Betracht kommenden Behörden. Im vorigen Jahre sollte ich vor meinen Wählern, und zwar in einer geschlossenen Versammlung, über die Tätigkeit des Reichstages sprechen. Der Gouverneur von Königsberg verbot die Versammlung mit der Begründung, daß ich über Kriegsziele sprechen würde, und nach der dort geltenden Verordnung dürfe in Versammlungen nicht über Kriegsziele gesprochen werden. Er wußte also besser als alle meine Freunde und als ich selbst, der ich überhaupt noch keine Disposition gefertigt hatte, worüber ich sprechen wollte. M. H., der unabhängige sozialdemokratische Verein in Königsberg hat, den wiederholten Anforderungen des Generals Wrisberg folgend, Beschwerde beim Militärbefehlshaber eingereicht und diese Beschwerde hat Erfolg gehabt, das Verbot dieser Versammlung ist als unbegründet erklärt. Der Gouverneur von Königsberg teilt das dem Verein mit und erklärt, er habe die Polizeibehörde angewiesen, daß sie in Zukunft sich nach der Auffassung des Kriegsministeriums richte. Jetzt, meine Herren, veranstaltet derselbe Verein am 19. März wiederum eine Generalversammlung, die sich mit Geschäftsbericht, Kassenbericht beschäftigen soll, und setzt außerdem einen Vortrag seines Reichstagsabgeordneten über den Reichstag auf die Tagesordnung. Derselbe Gouverneur, der auf Veranlassung des Kriegsministeriums im Dezember v. J. mitgeteilt hat, es sei diese Auffassung nicht aufrecht zu erhalten; das Polizeipräsidium sei angewiesen, anders zu verfahren, weist nun das Polizeipräsidium an, diese Versammlung wiederum zu verbieten. Sie ist verboten worden. (Hört, hört! b. d. U. S.) Erst als sich der Verein dazu verstand, meinen Vortrag zu streichen und lediglich die rein geschäftlichen Angelegenheiten zu verhandeln, erhielt er die Genehmigung — aber meine Herren — das bitte ich zu beachten — auch nur unter der Bedingung, daß keinerlei politische Fragen erörtert würden. (Hört, hört! b. d. U. S.)

Ja, wozu besteht denn ein politischer Verein, wenn keinerlei politische Fragen in ihm erörtert werden dürfen! Das heißt doch einfach, den Lebenszweck dieses Vereins, wie auch in einer Beschwerde des Vereins an das Kriegsministerium von neuem zum Ausdruck gekommen ist, einfach vernichten. Der

Skandal ist aber nun so größer,

als andere Parteien, und zwar sämtliche bürgerlichen Parteien, wie auch die der Regierungspolitik anhängende sozialdemokratische Partei in dem Gouvernementsbezirk nicht nur geschlossene Versammlungen, sondern auch öffentliche Versammlungen haben abhalten können. Um böswilligen Einwendungen von vornherein die Spitze abzubrechen, erkläre ich, wenn ich darauf hinweise, mit welchem Maße wir besonders gemessen werden, das nicht bedeuten soll, daß ich die anderen Parteien in ihrer Bewegungsfreiheit irgendwie einengen will, im Gegenteil, sie sollen von allen Beschränkungen, auch von den Beschränkungen, denen sie zuweilen unterworfen sind, voll befreit werden. Was ich aber fordere das ist, daß

uns gegenüber das gleiche Recht zur Anwendung kommt

wie allen anderen Parteien und daß man insbesondere nicht einfach auch da, wo das Kriegsministerium, die höchste Instanz im Beschwerdewege, eine Anweisung gegeben hat, sich darüber hinwegsetzt.

Meine Herren, so in Königsberg, und wie in Königsberg, so geht es unserer Partei fast überall. In Berlin sind alle öffentlichen Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei seit mehr als Jahresfrist verboten worden. Selbst wenn die Versammlungen mit denselben Tagesordnungen einberufen waren, mit denen andere Parteien, auch die regierungssozialistische Partei, ihre Verhandlungen abgehalten hatten, werden sie nicht zugelassen. Ende April wurden sogar zwei Mitgliederversammlungen des Wahlvereins, die sich mit den neuen Steuern beschäftigen sollten, verboten. Am 18. Mai wurden Mitgliederversammlungen mit der Tagesordnung des Wahlvereins nicht genehmigt, und es wird immer angegeben: „Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit." Am 4. und 14. April und am 4. Juni wurden Frauenversammlungen, die sich mit Fragen der Frauen beschäftigen sollten, verboten, während bürgerliche Frauenversammlungen gestattet wurde, zu tagen. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Meine Herren! Die Marxfeier in Berlin wurde, obwohl rechtzeitig die Genehmigung nachgesucht wurde, von dem Oberkommando nach länger als einer Woche, kurz bevor die Feier stattfinden sollte, verboten. Lediglich auf eine Beschwerde, die bei dem Militärbefehlshaber eingereicht wurde, ist es gelungen, im letzten Augenblick noch die Genehmigung zu diesen Marxfeiern zu erlangen, während die Sozialdemokratische Partei wenige Tage vorher ihre Marxfeier hatte abhalten können. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Nun wurden aber die Besucher der für uns schließlich genehmigten Marxfeier noch in der Weise drangsaliert, daß sie verpflichtet waren, ihr Mitgliedsbuch am Eingang vorzulegen, um nachzuweisen, daß sie auch Mitglieder des Vereins seien. Dabei war es nicht möglich gewesen, sie davon zu benachrichtigen, daß sie sich legitimieren müßten, und eine Legitimation durch Bekannte, die der Polizei als geeignete Persönlichkeiten erschienen mußten, wurde nicht als genügend erachtet. (Hört, hört! und Zurufe b. d. Unabh. Soz.) Meine Herren, in Brandenburg wurden im März zwei Versammlungen der Unabhängigen Partei mit der Tagesordnung:

„Der Weltfriede" verboten.

Redner sollte der Reichstagsabgeordnete Brandes sein. In Potsdam wurde der Deutschen Vaterlandspartei am 13. Mai dieses Jahres ein Frauenabend genehmigt, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, wie ich erwähnte, verweigert, und zwar nach der vom Oberkommando in den Marken erlassenen Bestimmung. Die Bestimmungen werden so oder so angewendet, je nachdem, ob es sich um unsere Partei oder um andere Parteien handelt. In Hannover wurde zweimal eine öffentliche Versammlung, die die Tagesordnung haben sollte: Friede und Demokratie im März, verboten. In Hanau wurde unserer Partei die angemeldete öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Friedensfragen und Deutschlands Demokratie mit dem Reichstagsabgeordneten Dr. Herzfeld als Redner zwar gestattet, aber nur unter Bedingungen, wenn das vorgetretene Manuskript mindestens am fünften Tage vor Abhaltung der Versammlung vorgelegt, in demselben der Burgfriede gewahrt, die Personen der Obersten Heeresleitung nicht in den politischen Streit gezogen würden, alle Erörterungen auf dem Gebiet der Kriegführung vermieden würden, welche den Willen des Volkes zum Durchhalten bis zum Siege nachteilig beeinflussen und den Widerstand der Feinde stärken könnten. Weiter wurde die Bedingung gestellt, daß der Redner das Manuskript vorgetreten vortragen müsse, eine Diskussion dürfe nicht stattfinden; die Versammlung würde unter Zuziehung eines Stenographen polizeilich überwacht werden, und den Weisungen der Polizeibeamten müsse unweigerlich Folge geleistet werden. Der Einberuferin müsse auch persönlich für Einhaltung sämtlicher Bedingungen auch seitens des Redners verantwortlich gemacht werden, und bei Nichteinhaltung einer dieser Bedingungen werde die Auflösung der Versammlung erfolgen. M. H., was ist das für eine

Torheit und wie entwürdigend ist es,

von einem Redner das Manuskript seiner Rede zu verlangen. Heute, wo die Ereignisse in raschem Fluge sich ändern, ist ja das Material, das man fünf Tage vorher eingereicht hat, in seinem wesentlichen Teil vielleicht schon veraltet. Nebenfalls würde es einen sonderbaren Eindruck machen, wenn der Redner diejenigen Ereignisse, die sich nach Einreichung des Manuskripts abgespielt haben und die vielleicht von größter Wirkung für die Interessen des Volkes sind, gar nicht berührte! Was ist das für eine Bedingung, daß der Einberufer auch dafür verantwortlich sein soll, daß der Redner sich an die Vorschriften halte, die ihm die Polizei auferlegt habe! Wie soll das möglich sein? Das ist lediglich ein Vorwand, den man sucht, um die Versammlungen unmöglich zu machen, — und das in einem Orte, in welchem annähernd und zur gleichen Zeit die andere Sozialdemokratische Partei Versammlungen abhalten konnte.

In Erfurt wurde eine für März angemeldete Versammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Brandes sprechen sollte, ebenfalls nicht zugelassen, weil der Redner nicht das wortgetreue Manuskript seiner Rede einreichte. Bald danach wurden vier Frauenversammlungen in den Bezirken Arnstadt, Erfurt, Gera und Gotha verboten, ebenfalls wieder, weil das wortgetreue Manuskript nicht vorlag. In Stuttgart-Heslach wurde am 16. März eine Mitgliederversammlung der Unabhängigen Partei mit der Tagesordnung: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und der Friede ohne Angabe von Gründen verboten. Da macht sich's die Behörde schon bequemer, und das ist ja auch das wichtigste, denn alle andern

Gründe sind doch reine Scheingründe.

Am 17. März wurde eine öffentliche Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Stuttgart mit der Tagesordnung: Der Völkerfriede, in der der Reichstagsabgeordnete Wurthern sprechen wollte, mit der Begründung verboten, daß nach der eingereichten Disposition der Abgeordnete Wurthern für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sprechen wollte (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) und das nicht im Interesse einer weiteren glücklichen Fortführung des Krieges läge. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) M. H., da hat nun der Zensor sein Herz offenbart; wer für Annektionen eintritt, der darf reden, wer aber auch nur soweit geht, wie selbst der neue Herr Reichskanzler noch seinen Behauptungen gehen wollte und sich auf den Boden der russischen Regierung, Frieden ohne Annektionen und Entschädigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker stellt, der wird einfach ausgeschlossen.

In demselben Bezirk wurde am 30. April eine Versammlung mit einer neuartigen Begründung verboten. Da heißt es: „Die Versammlung wird nicht genehmigt, weil für die Abhaltung einer Mitgliederversammlung in Felbach ein Bedürfnis nicht anerkannt wird." (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Der Zensor entscheidet darüber, ob die politisch interessierten Männer dieses Ortes ein Bedürfnis haben oder nicht, und sie haben sich dem zu fügen. In Stettin, wo bisher die überwachenden Beamten niemals einen Anlaß zum Einschreiten gefunden haben, wurde am 7. April in einer Versammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Vorthern sprechen sollte, im Interesse der öffentlichen Sicherheit verboten, und es ist dort erklärt worden, daß Versammlungen, in denen auswärtige Redner auftreten wollten, auf eine Genehmigung nicht zu rechnen hätten, ganz gleichgültig, was der auswärtige Redner spricht, er wird nicht zugelassen. In Leipzig wurde am 22. Februar eine Versammlung nicht zugelassen mit der Tagesordnung: Der russische Friedensvortrag. Der Vaterlandspartei wurde in demselben Monat im größten Saal Leipzigs eine Versammlung gestattet. In Chemnitz wurde das Polizeiamt durch Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos vom 4. Febr. angewiesen, alle öffentlichen und Vereinsversammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie bis auf weiteres, wegen der Streikbewegung zu verbieten. Es wurde aber auch eine Mitgliederversammlung mit rein geschäftlicher Tagesordnung verboten, und dabei ist es geblieben bis zum heutigen Tage.

Wie in Preußen so auch in anderen Staaten. Bevor ich aber zu einem anderen Staat übergehe, noch ein Hinweis auf die Zustände in anderen Bezirken. Zunächst in Köln. Die öffentlichen Versammlungen in Köln werden unmöglich gemacht, und zwar dadurch, daß die

Abgeordneten als Referenten nach der Reihe abgelehnt

werden. Es war für eine öffentliche Versammlung zunächst der Reichstagsabgeordnete Dr. Erdmann angemeldet. Es kam die Bestimmung: dieser Abgeordnete darf nicht sprechen. Es wurde sofort der Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann als Redner angemeldet, auch er fand keine Gnade. Es wurde der Reichstagsabgeordnete Ledebour als Redner angemeldet, auch er wurde abgelehnt. Aber auch Vereinsversammlungen werden unmöglich gemacht. Dort hat man die Methode, daß selbst in der Diskussion nur Redner auftreten dürfen, wenn sie vorher den überwachenden Polizeibeamten nicht nur Name, Stand und Adresse angegeben haben, sondern wenn der Polizeibeamte es auch nach seinem Ermessen für richtig hält, das gerade dieser Redner sich an der Debatte beteiligt. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Es wurde dem Verein, als man nach den Gründen fragte, mitgeteilt, es müsse dies deshalb geschehen, weil über eine Anzahl von Personen das Redeverbot verhängt sei. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) und der überwachende Kommissar prüfen müsse, ob nicht der Diskussionsredner zu diesen Personen gehöre. Als der Verein dann mitteilte, daß ihm nicht bekannt sei, daß irgendein Mitglied des Vereins unter einem Redeverbot stehe, erhielt er bis jetzt keine Antwort. In Zeitz wird dieselbe Art der Anmeldung der Referenten befolgt. In Hamburg, Bremen, Hemelingen wurden Frauenversammlungen, die dort Frau Baumann abhalten wollte über das Frauenwahlrecht, verboten, und zwar mit einer ganz neuartigen Begründung, nämlich, weil im Hinblick auf die politischen Bestrebungen der Rednerin zu befürchten sei, daß sie sich in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise zu Ausfällen gegen die Regierung und politisch anders Denkende hinreißen läßt. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Nicht irgendeine Tatsache, sondern lediglich weil der Polizeibeamte glaubte, sie könnte sich hinreißen lassen zu Ausfällen gegen die Regierung und politisch anders Denkende, war die Veranlassung zu dem Verbote. Ja, seit wann darf man die Regierung nicht mehr scharf kritisieren und gegen politisch anders Denkende nicht mehr vorgehen? Es handelt sich hier um ein

ganz klares Ausnahmerecht gegen die sozialdemokratische Partei

und allerdings auch gegen einen Teil der bürgerlichen Pazifisten. Als die Pazifisten in Braunschweig beabsichtigten, am 6. August 1917 durch den Schriftsteller Herrn v. Gerlach aus Berlin einen Vortrag über die Frage halten zu lassen: Was erwarten wir vom Kriege? wurde die Versammlung sowohl in Braunschweig, wie an jedem anderen Orte in dem Korpsbezirk verboten mit dem Hinzufügen, daß jede öffentliche Werbetätigkeit und Kundgebung, insbesondere die Verbreitung gedruckter oder in anderer Weise vervielfältigter Mitteilungen an Nichtaktionen und anderer Personen außer an Mitglieder des Vereins im Bezirk des Korps verwehrt würde.

Ueber die bürgerlichen Pazifisten und deren Propaganda hat sich heute der Herr Staatssekretär in beachtenswerter Weise ausgesprochen. Er meinte, dasjenige, was die Pazifisten veröffentlichten, ihre Literatur, sei ja für ernste Köpfe wohl erbaulich und lehrsam, aber

gegen eine Massenverbreitung pazifistischer Literatur habe man Bedenken,

man könne sie nicht empfehlen in einer Zeit, wo der Kriegswille aufs Aeußerste angespannt werden soll. Dieses Gesständnis muß festgehalten werden. Diejenigen, die nicht für den Krieg bis zum Aeußersten eintreten, welche dem Glend ein Ende machen wollen aus dem Bekenntnis heraus, daß der Opfer genug gebracht seien und weitere Opfer sich nicht rechtfertigen lassen, werden als bürgerliche Pazifisten verpönt, ihre Literatur wird unterdrückt, sie kann auch nach der Meinung des Herrn Staatssekretärs nicht verbreitet werden.

Meine Herren, in Nürnberg wurde am Ostersonntag eine Landeskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, in der nur Delegierte anwesend waren, mitten in der **Debatte durch eine Anzahl Kriminalbeamter unterbrochen,** die die Personalien der Teilnehmer feststellten, sieben von ihnen, weil sie Oesterreicher und militärpflichtig sein sollten, auf die Polizei nahmen. Die Polizei hielt sie während der Dauer der Konferenz in Gewahrsam (Hört, hört! b. d. U. Soz.), photographierte sie und nahm von ihnen Fingerabdrücke. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) **Das ist das Schauslichste und Skandalöseste, was wir je gehört haben, daß Teilnehmer an einer geschlossenen Konferenz nicht nur auf die Polizei geführt werden, sondern sie wie gemeingefährliche Verbrecher photographiert und von ihnen Fingerabdrücke nimmt.** (Zurufe.) — Jawohl von Bayern! Der preußische Geist ist nach Bayern nicht nur eingedrungen, sondern

Bayern ist jetzt schlimmer als Preußen,

wie ich an dieser Stelle hervorhebe (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Die Beweise werden morgen erbracht werden: denn in Bayern — das schalte ich auf Ihren Zwischenruf ein — hat man gewagt, zwei Frauen, von denen eine in Bayern geboren und dauernd dort gelebt hat, von ihren Kindern wegzureißen, die eine von ihrem ein Jahr altem Kinde, die andere von einem Kinde im 5. Lebensjahr, sie auf die Bahn zu bringen unter Begleitung von Bahnbeamten über Bayern hinaus nach Saalfeld in ein anderes Bundesgebiet und sie dort den Behörden zu übergeben, die nicht wußten, was sie mit diesen Frauen machen sollten. (Hört, hört! und erregte Zwischenrufe b. d. U. Soz.)

Meine Herren, die März-Feier wurde in München verboten, obwohl man dort in Nürnberg das Künstlerorchester, wie den Polizeibehörden bekannt war, und den Arbeitersängerchor zugezogen hatte, um diese Feier in würdiger, künstlerischer Weise zu begehen. In Mannheim wurde eine Versammlung mit dem Herrn Abg. Henke als Redner nicht zugelassen, wieder mit der Begründung, Henke habe nicht in Mannheim seinen Wohnsitz. In Baden ist durch eine Verfügung des Ministers des Innern an die Amtsvorsteher vom 7. Mai d. J. angeordnet worden, daß die Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sämtlich polizeilich zu überwachen sind. Dieser Verfügung bezeichnet sich selbst als eine Ausnahmeverschrift gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Nach einer Verfügung vom 18. Juni des stellvertretenden Generalkommandos im Großherzogtum, sollen die Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei aufgelöst werden, sobald hetzerische Ausdrücke oder Redewendungen fallen. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Es ist ja wohl ganz im Geiste des Herrn General von Wrisberg, der ja auch das Einschreiten damit rechtfertigen wollte, daß man doch gegen Hetzer vorgehen müsse. Er hat allerdings die Erkenntnis, daß dieser Begriff der Hetzer etwas weit sei, daß man kein sicheres Kriterium dafür habe, und **wir verbitten es uns, daß man die winzigen Rechte, die wir noch haben, mit diesem Argument noch beseitigen will.** (Sehr richtig! b. d. U. Soz.)

M. H., ein ganz besonderes Kapitel ist die Art, wie in Danzig die Unabhängige Sozialdemokratische Partei drangsaliert wird. Dort waren nicht nur die öffentlichen, sondern auch die Vereinsversammlungen durch eine Kommandantenverfügung vom 12. Dezember vorigen Jahres untersagt, weil die leitenden Personen des dortigen Vereins keine Gewähr dafür böten, daß die von der Militärbehörde erlassenen Anordnungen in der Versammlungen beachtet werden (Hört, hört! b. d. U. S.) M. H., dabei werden alle Versammlungen doch durch Polizeibeamte bewacht. Die Polizeibeamten haben die Kontrolle, sie können also selbst, wenn sie es wollen, dahin wirken, daß diese Bestimmungen beachtet werden. Nein! Es, sollte lediglich ein Maßregel der Leitern des Vereins angehängt werden. Am 28. Mai 1918 ist eine Verfügung des kgl. Polizeipräsidenten erlassen worden, dahingehend, der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei für Danzig Stadt und Land ist durch Beschluß der kgl. Kommandantur vom 18. Dezember 1917 die

Abhaltung von Versammlungen jeglicher Art,

— jeglicher Art! — (Hört hört! b. d. U. S.) **bis auf weiteres verboten.** Also auch die einfachsten Versammlungen, die sich mit dem Kassenbericht beschäftigen, die sich über weiter nichts als über die Bewegung des Mitgliederstandes unterrichten wollen, sind nicht zulässig und dem früheren Leiter des Vereins — Loos in Danzig — ist seit vielen Monaten jede politische Betätigung, auch die legalste, verboten. Er ist ein 48jähriger Mann, er wurde militärisch eingezogen und längere Zeit in Garnison gehalten. Jetzt bei Entlassung der alten Jahrgänge ist er zurückgesandt worden. Er arbeitet in einem kriegswichtigen Betriebe, aber nun wird er dauernd bedrängt. Haussuchungen werden bei ihm abgehalten, obwohl bei ihm nie etwas Belastendes gefunden worden ist. Kriminalbeamte erklärten, daß er Broschüren erhalten haben solle, und daß Besprechungen in seiner Wohnung stattfänden. Nichts davon ist richtig. Man droht ihm aber, daß man ihn als Hilfsdienstpflichtigen an einen anderen Ort, getrennt von seiner Familie, setzen werde (Hört, hört! b. d. U. S.) Aber nicht nur in den gewöhnlichen Zeiten hardhabt man die Unterdrückung unserer Partei, sondern auch in Wahlzeiten, und dann stellt man das Resultat einer solchen Wahl als den unverfälschten Ausdruck der Volksmeinung hin. Der Herr Staatssekretär des Innern Wallraff hat am 1. März d. J. in einem Schreiben ausgeführt: Das Recht des Militärbefehlshabers während der Dauer des Belagerungszustandes das Versammlungsrecht einzuschränken oder aufzuheben, erstreckt sich auch auf Wahlversammlungen; es steht dahin im Ermessen der Militärbefehlshaber unter welchen Bedingungen solche zugelassen werden sollen. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) M. H., eine schöne Wahl, bei der der Militärbefehlshaber darüber ent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180607-18/fragment/page=0002

scheidet, welcher Partei er Versammlungen gestatten will und welcher nicht. Und über Wahlflugblätter schreibt er folgendes: „Wahlflugblätter brauchen ferner dem Oberkommando zur Zensur nicht vorgelegt zu werden, müssen aber alle gehässigen, der Burgfrieden und die Einheit der Bevölkerung gefährdenden Aeußerungen vermeiden, auch dürfen sie nicht ohne Preßvermerk hergestellt oder verbreitet werden." Wie diese Auffassung des Herrn Staatssekretärs von den Behörden beachtet wird, darüber will ich auf dem Tische des Hauses zum Beweise einige Urkunden aber zunächst einiges vortragen. Es sind drei

Wahlflugblätter aus der letzten Wahl in Zwickau,

die ja auch heute hier von einem Herrn erwähnt worden ist. Diese Wahlflugblätter sind vom Zensor folgendermaßen behandelt worden. Die hier roten Stellen sind durchstrichen worden. Und was sind das nun für Stellen? Ich kann sie nicht alle vorlesen, aber doch einige. Aus der Nr. 4: „Die Regierung macht das ganze dem Kriege dienstbar." Durchgestrichen! „Das Volk ist während des Krieges seiner wichtigsten Freiheiten beraubt worden." Durchgestrichen! „Die öffentliche Meinung ist zensiert." Das darf man den Wählern nicht sagen. „Das Vereins- und Versammlungsrecht ist aufs stärkste eingeschränkt. Das Koalitionsrecht ist den Arbeitern genommen worden. Zu Beginn des Krieges versprach die Regierung, daß nach Beendigung der Mobilmachung der Belagerungszustand aufgehoben werden solle. Seitdem sind vier Jahre vergangen, aber noch immer herrscht der Belagerungszustand." Das darf den Wählern nicht gesagt werden. (Zuruf b. d. U. Soz.) Aber, m. H., es kommt noch viel besser. Ein Satz wie: „Die Agrarier erhalten für ihre Ausbeutung des darbenden Volkes noch obendrein Liebesgaben gemährt" muß gestrichen werden. Man darf die Agrarier nicht angreifen. „Die Eroberungsziele der herrschenden Klassen peitschen die Regierungen des Auslandes, die den Verlust von Teilen ihres Landes fürchten, zur Fortsetzung des Krieges auf." Das ist ein Gedanke, der vernichtet werden muß; der Satz ist gestrichen. „Eine Gruppe von Interessenpolitikern herrscht in Deutschland, die nach Eroberungen strebt und dadurch den Krieg verlängert." Das darf nicht gesagt werden; die letzten Worte sind gestrichen — „Die Arbeiterschutzgesetze sind während des Krieges aufgehoben worden." Darf nicht mitgeteilt werden.

Aber, m. H., nun kommt in allen drei Flugblättern doch das Tollste, was man nicht für möglich halten kann.

Ausgestrichen ist vor allen Dingen in den Aufrufen das Wort „Frieden".

„Wer für Frieden und Wohlfahrt ist, der stimmt für den Sozialismus" heißt es; die Worte „Frieden und" sind gestrichen. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) **„Wer sich zu ihr bekennt", nämlich zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, „bekennt sich zum Sozialismus, zur Sache des Friedens". Die Worte „zur Sache des Friedens" sind ausgestrichen. Die Schlußfolgerung: „Wer für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und für den Frieden eintritt, wählt den Gewerkschaftsangestellten Fritz Heckert in Chemnitz". Die Worte „und für den Frieden" sind gestrichen.** (Hört, hört! b. d. U. Soz.) **M. H., genau so in den anderen Flugblättern. Es sind zum Teil noch schlimmere Dinge. Ueberall sind vor allen Dingen die Worte gestrichen, die sich auf den Frieden beziehen. „Wollt ihr den Frieden, wollt ihr die sozialistische Gesellschaft, wollt ihr Frieden, Freiheit und Brot für euch und eure Kinder, so könnt ihr eure Stimme am 13. Mai nur geben dem Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei". Die Worte „Frieden und Brot" sind gestrichen worden.**

Im letzten Flugblatt genau so! In der Wendung „Frieden, Freiheit und Wohlfahrt aller" ist das Wort „Frieden" gestrichen.

Ueber Frieden darf nicht gesprochen werden.

Das Volk muß hineingepeitscht werden in neue Blutbäder. Es soll ihm der Gedanke gar nicht kommen, daß es eine Partei gibt, die ernstlich und ehrlich an dem Ende dieses Gemetzels, um dem Frieden arbeitet.

Meine Herren, in allerneuester Zeit macht sich nun noch eine neue Art von Zensur bemerkbar, und ich mache die Regierung darauf aufmerksam. Ich werde bei geeigneter Gelegenheit noch auf diesen Gegenstand zurückkommen. In Berlin ist im Kriegsministerium die Zentralstelle, wie mir berichtet worden ist, eingerichtet worden zur

Kontrolle der Briefe der Gefangenen.

Es soll festgestellt werden, welche politischen Ansichten die Gefangenen haben, und wenn dann eine Liste aufgestellt ist, mit dem Vermerk, welcher Anschauung der einzelne ist, dann können wir von vornherein wissen, was er in Zukunft zu erwarten hat.

Ich habe vor mir die Abschrift einer Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos von Altona vom 16. Mai 1918, die den Schleier noch etwas mehr lüftet. Ich lese nur die wichtigsten Stellen vor, welche mit dem Thema zusammenhängen. Hier heißt es: „Die Entente, besonders England und Amerika, arbeitet systematisch an der Verhetzung der in ihrer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen mit dem Ziele der Zerstörung jeder monarchischen vaterländischen Gesinnung und setzt dieses Verfahren auch während der Internierung im neutralen Auslande fort. Es wird angeordnet, 1. das Hineintragen revolutionärer und unpatriotischer Gedanken in die deutschen Familien und in das Heimatheer muß verhindert werden." — also auch in die deutschen Familien. — „Für die zu den Ersatztruppenteilen zurückkehrenden Kriegsgefangenen hat vaterländischer Unterricht im verstärkten Maße stattzufinden, und zwar nicht nur für die aus russischer Kriegsgefangenschaft" — da wird Bezug genommen auf eine andere geheime Verfügung mit Aktenzeichen — „sondern alle zurückkehrende Kriegsgefangene, besonders auch die von der Austauschstation Konstanz kommenden." Und wie sieht dieser Unterricht aus? „Als Gegenstände dieses Unterrichts kommen in Betracht: Vaterländische Geschichte; Darstellung der Kriegsgeschichte in Heer und Flotte; Verdienste unseres Kaiserhauses und der betreffenden Fürstenhäuser um das Wohl des deutschen Volkes." (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Vorteile unserer Staatsverfassung; Nachteile der staatlichen Einrichtungen unserer jetzigen und früheren Feinde; allgemeine soziale Fürsorge durch das Deutsche Reich; Versorgung der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen; Kriegswirtschaft."

Ich weiß nicht, ob bei dem Punkte, der sich mit der Vorteilung unserer Staatsverfassung und der Nachteile unserer der Staatseinrichtung unserer Feinde beschäftigt, etwa auch dargelegt werden soll, wie herrlich doch in Preußen es mit dem Wahlrecht bestellt ist und wie sehr die anderen Nationen uns um dieses herrliche Wahlrecht beneiden können.

Was nun die politisch Unzuverlässigen zu gewärtigen haben, ersehen Sie aus folgender Bestimmung des geheimen Erlasses:

„Politisch unzuverlässige Personen bedürfen besonders scharfer Beaufsichtigung.

(Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Alle die, die nicht militaristisch, imperialistisch, monarchistisch, die nicht so denken, wie unsere Militärs denken, die ja alle nach der Reihe, soweit sie in hohen Stellen sind, für den Imperialismus, die Reaktion in jeder Form eintreten, gelten ja als politisch unzuverlässig und diese politisch unzuverlässigen Personen bedürfen besonders scharfer Beaufsichtigung. Sie sind zunächst von den übrigen Angehörigen der Truppen fernzuhalten, werden absonderl vor ihren Kameraden mit denen sie alle die Leiden erduldet haben (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) und es heißt: „Weiter sind Vorkehrungen zu treffen, daß sie nicht andere Personen verhetzen oder aufreizen. Vor der Entlassung sind die zuständigen Polizeibehörden zu benachrichtigen." Also auch dann, wenn die Anhänger einer anderen Anschauung als der ihrigen, wenn die Anhänger der Demokratie und des Sozialismus, vielleicht auch nur die Anhänger liberaler Auffassungen zurückkehren nach der Heimat als Bürger, dann werden sie **vorher der Polizeibehörde als unzuverlässige Personen denunziert und unter Polizeiaufsicht gestellt.** (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Das ist der Dank, m. H., für alles, was diese Männer ertragen und erduldet haben. (Glocke des Präsidenten.)

M. H., wer etwa glaubt, daß durch Reden und seien es die schönsten Reden der Regierung, in eine andere Richtung gebracht werden könnte, irrt sich. Die Erfahrungen dieser fast vier Jahre sollten doch alle darüber aufklären. Nein, nachdem **durch alle Parteien** mit Ausnahme meiner Partei **der Imperialismus** geführt worden ist, glaubt der Imperialismus, daß das leisten zu können. Die Anhänger des Imperialismus, die den vaterländischen Unterricht mit Zustimmung aller anderen Parteien an der Front eingerichtet haben, sind so sehr in ihrem Machtbewußtsein bestärkt worden, daß sie nunmehr glauben, sich **alles** herausnehmen zu können. (Zurufe b. d. Unabh. Soz.) und dieser Vorgang, der sich im Bezirke des 7. Armeekorps abgespielt hat, verdient doch eine andere Betrachtung; als sie der Abg. Meerfeld ihm hat angedeihen lassen. Um was handelt es sich hier? Ein Generalkommando, das zu den berüchtigsten gehört, das oft genug nicht nur von meiner Partei, sondern auch von anderen Parteien in diesem Hause wegen seiner Unterdrückungsmaßregeln, wegen Verletzung von Gesetz und Recht angegriffen worden ist, gibt eine

Broschüre zur Beeinflussung der Arbeiter

heraus mit allgemeinen Reichsmitteln. Konnte denn ein Mensch, der von diesem Plan erfahren hat, auch nur einen Augenblick im Zweifel darüber sein, in welchem Geiste diese Broschüre verfaßt werden sollte (Sehr richtig! bei den Soz.) Man kannte den Kommandierenden General, man wußte, daß er einer der schlimmsten Scharfmacher ist, daß er ein Kriegstreiber und Imperialist schlimmster Sorte ist und wenn sich dann ein Arbeiter einem solchen Manne zur Verfügung stellt, um an einem Werke dieser Art mitzuarbeiten, dann ist der schärfste Tadel noch viel zu gering. (Lebh. Zustimmung b. d. Unabh. Soz.) Ich kenne kaum ein Wort, auch kein parlamentarisches Wort, das scharf genug ist, um diese Verhandlung zu brandmarken. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.)

Und was ist weiter geschehen?

Drei sozialdemokratische Redakteure haben sich bereit erklärt, mitzuarbeiten.

Diese Tatsache ist nicht zu bestreiten. Diese Broschüre ist nun verfaßt worden. Sie mag nicht in allen Teilen nach dem Sinne und Geist dieser Redakteure sein, es genügt, daß sie sich bereit erklärt haben, mitzuarbeiten (Sehr richtig! b. d. U. Soz.), **und meine H., während — das ist das zweite wichtige Moment — die Behörde, das Generalkommando dieses Geistesprodukt nur in beschränktem Umfange, in 100 000 Exemplaren, verbreiten wollte, kommt aus den Reihen der Arbeiter der Vorschlag, Arbeiter, die sich Sozialdemokraten nennen, die sich Anhänger der gewerkschaftlichen Ideen nennen, die Broschüre in 500 000 oder gar in 1 000 000 Exemplaren zu verbreiten.**

(Hört, hört! b. d. U. Soz.)

M. H., diese Broschüre, die nicht erklärt, daß sie vom Generalkommando oder in dessen Auftrag verfaßt worden ist, die den amtlichen Ursprung verdeckt, die den Schein erweckt, als ob sie ein Produkt der Arbeiter sei, diese Broschüre ist darauf berechnet und im höchsten Maße geeignet, die Arbeiter, die nichts um diesen Zusammenhang wissen, zu täuschen, und alle diejenigen, die sich zur Mitarbeit bereit erklären und bei der Verbreitung mitwirken, nehmen an dieser Täuschung teil, und das soll von ihnen nicht abzuwischen. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.)

Der Herr Abg. Meerfeld hat nun gesagt, daß auch bei dieser Gelegenheit, als es sich um die Verbreitung handelte, Anhänger meiner Partei waren. Es ist aber auch vorgetragen worden, daß der Anhänger unserer Partei bei der Gelegenheit erklärte: Ich und mit mir es ist es unmöglich, diese Broschüre zu verbreiten und überhaupt ist die Verbreitung unmöglich, wenn die Arbeiter noch einen Funken Achtung vor uns haben sollen. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Damit hat er den Protest gegen die Verbreitung genügend zum Ausdruck gebracht.

M. H., wir wehren uns dagegen an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang, daß amtliche Mittel verwandt werden, um unter trügerischer Maske Arbeiter für die Ziele der Kriegführung einzufangen, derjenigen Kriegführung, die wir verurteilen müssen, weil sie uns bisher nicht zum Segen gereicht, sondern immer mehr und mehr das Verderben hineingebracht hat. **Es wäre ebenso leicht, Feuer mit Wasser zu vereinigen, wie die Zensur in Einklang bringen zu wollen mit der Freiheit des Volkes.** (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Nein, m. H., die winzigen Freiheiten, die wir uns in hartem Kampfe errungen hatten, sie sind uns durch die Militärdiktatur geraubt worden, und wir haben nicht die Hoffnung, daß sie uns durch Reden im Reichstage wieder eingeräumt werden. Nein, wenn das Volk nicht selbst in voller Erkenntnis dieser Sachlage und unter Anwendung gerade der im siebenten Armeekorpsbezirk geübten Methode sich auraft und endlich seinen Willen bekundet, wird eine Aenderung nicht erreicht. (Lebh. Zust. b. d. U. Soz.) **Das Volk muß eingreifen. Der Reichstag hat versagt und wird weiter versagen.** (Lebh. Beifall b. d. U. Soz.)

Gewerkschaftliches.

Massenkündigung. Die Firma J. Rinkel und Schlesische Textilwerke in Landeshut hatten ihren Arbeitern vom 2. Januar ab die Teuerungszulage um wöchentlich 60 Pf. gekürzt. Der von den Arbeitern angerufene Schlichtungsausschuß hatte diesen Abzug als nicht berechtigt angesehen und den Firmen auferlegt, die zu wenig gezahlten 60 Pf. nachzuzahlen. Da die Firmen diese Verpflichtung aber nicht anerkannten, haben die Spinnereiarbeiter und Arbeiterinnen in einer abgehaltenen Versammlung beschlossen, die Kündigung gemeinschaftlich einzureichen und die Ablehrscheine zu fordern. In Betracht kommen etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen. Hoffentlich werden die Firmen zur Nachzahlung gezwungen. Verdient haben sie im Kriege wohl genug.

Briefkasten der Redaktion.

Demos. Nach Lage der Sache nichts zu machen. Ein Prozeß könnte zu Ihren Ungunsten ausfallen und Sie könnten noch einen bekommen.

Aus dem Felde. Uns ist nicht bekannt, daß jene Dienstzeit doppelt gerechnet wird.

Verantwortlicher Schriftleiter Otto Kilian. Verantwortlich für Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

43]

Die Schatzgräber.

Humoristischer See-Roman von W. W. Jacobs.

„Geschossen?" wiederholte Herr Stobel nachdenklich. „Geschossen? War es denn der Lauf dieser Höllenpistole, die Sie mir eben in die Rippen gerannt haben?"

„Ich berührte Sie nur eben damit," gab der andere zu. „Es tut mir leid, wenn ich Ihnen weh getan habe."

Herr Stobel griff in seine Tasche, riß ein Streichholz an und hielt es hoch. „Den Hahn gespannt" sprach er mit gebrochener Stimme; „und er weckte mich damit auf. Und der Mensch redet von Wilden!"

Er riß ein zweites Streichholz an und zündete das Licht an und dann, ehe Herr Grot seine Absicht ahnen konnte, drückte er ihn nieder und entriß ihm die Pistole. Er hob die Kettleinewand und schleuderte die Waffe in die Nacht hinaus, und als ihm dann die Flinten einfielen, warf er sie hinterher. Hiermit fertig, blies er das Licht aus und war nach zwei Minuten wieder fest eingeschlafen.

Eine Stunde verging und Herr Grot begann trotz seiner Angst einzunicken. Halb im Schlafe legte er sich hin und zog seine Decke um sich, um dann plötzlich völlig wach aufzufahren, als sich draußen ein unverkennbarer Schritt vernehmen ließ.

Einige Sekunden lang saß er da, unfähig, sich zu rühren; dann steckte er die Hand aus und begann Stobel zu schütteln. Er hätte darauf schwören mögen, daß sich fremde Hände am Zelt zu schaffen machten.

„Eh?" sagte Stobel verschlafen.

Grot schüttelte ihn von neuem. Stobel setzte sich ärgerlich aufrecht, aber bevor er reden konnte, durchschnitt ein wilder Schrei die Luft, das Zelt fiel plötzlich in sich zusammen und sie wanden sich halb erstickt in den Falten der Leinewand.

Zwanzigstes Kapitel.

Herr Stobel war der erste, der aus dem Wirrwarr auftauchte, um dann die Leinewand zu ergreifen und von den sich windenden Körpern seiner Gefährten fortzureißen. Herr Grot kam wieder auf die Beine, und als er einiger verschwommener Gestalten, die einige Meter entfernt vom Strande standen, ansichtig wurde, stieß er einen wilden Schrei aus und rannte in das Innere der Insel, gefolgt von den anderen. Ein an ihren Ohren vorbeisausender Schauer von Korallenstücken und ein abermaliges schauriges Geheul beschleunigte ihre Flucht.

Herr Grot erreichte unbehelligt den jenseitigen Strand und rannte, halb verrückt vor Angst, blindlings weiter. Schritte, wie er hoffte, solche seiner Freunde, erschollen hinter ihm und plötzlich rief Herr Stobel, heftig keuchend, ihm zu, stehen zu bleiben. Herr Grot mäßigte, über seine Schulter blickend, seinen Lauf und ließ sich von Herrn Stobel einholen.

„Warten — Sie — auf — Hagedorn," sagte dieser atemlos, während er seine Hand schwer auf seine Schulter legte.

Herr Grot bemühte sich, sich frei zu machen. „Wo ist er?" stöhnte er.

Stobel, der ihn noch immer festhielt, stand da und versuchte, wieder zu Atem zu kommen. „Sie — sie müssen — ihn gefangen haben," sprach er endlich. „Haben Sie eine von Ihren Pistolen bei sich?"

„Die haben Sie alle weggeworfen," zitterte Herr Grot. „Ich habe nur noch ein Messer."

Er tastete mit bebenden Fingern nach seinem Gürtel; Stobel, seine Hand beiseite stoßend, zog ein Matrosenmesser aus seiner Scheide und begann in der Richtung nach dem Zelte zurückzurennen. Herr Grot folgte nach einem Augenblick des Zögerns etwas hinter ihm.

„Passen Sie auf!" kreischte er und blieb plötzlich stehen, als eine Gestalt kurz vor ihnen zwischen den Bäumen hervor zum Strande gerannt kam. Stobel hob mit einem heiseren Schrei seine Hand und stürzte darauf zu.

„Stobel!" schrie eine Stimme.

„Es ist Hagedorn," rief Stobel. Er wartete auf sein Näherkommen, dann wandten sich alle drei um und rannten stolpernd den Strand entlang.

Sie rannten schweigend weiter, bis sie das andere Ende der Insel erreicht hatten. So weit waren keine Anzeichen einer Verfolgung zu bemerken und Stobel sammelte, von der ungewohnten Uebung schwer atmend, einige Korallenstücke und zählte sie am Strande auf.

„Sie hatten mich unter — zweimal," stieß Hagedorn ruckweise hervor, „sie rissen mir das Zeug vom Leibe. Wie ich ihnen entkommen bin, weiß ich nicht. Ich wehrte mich — stieß mit den Füßen — dann plötzlich riß ich mich los und rannte."

Er warf sich am Strande nieder und holte in langen schluchzenden Zügen Atem. Stobel ging einige Schritte vorwärts und blickte, aufmerksam lauschend, in die Dunkelheit.

„Ich denke mir, sie warten auf das Tageslicht," sagte er endlich.

Er ließ sich am Strande nieder und versank, nachdem er ein paar weqwerfende Bemerkungen über Korallen als Waffe gemacht hatte, in Schweigen.

Herrn Grot wollte es schienen, als ob die Nacht gar kein Ende nehmen wolle. Ein Dutzend Mal sprang er auf die Füße und starrte erschrocken in die Dunkelheit, und ein Dutzend Mal wenigstens erinnerte er den schweigsamen Stobel an die Torheit, anderer Leute Flinten wegzuwerfen. Endlich brach der Tag an und zeigte ihm Hagedorn in einem zerrissenen Hemde und seinen Beinkleidern und dicht neben ihm sitzend Stobel fest eingeschlafen.

„Wir müssen versuchen, dem Schiff ein Signal zu geben," flüsterte er heiser. „Das ist unsere einzige Chance."

Hagedorn nickte beifällig und rüttelte Stobel leise wach. Das Schweigen war drückend. Sie erhoben sich und blickten auf das Meer und ein lauter Schrei entrang sich allen dreien. Die Schöne Emilly war verschwunden.

Stobel rieb sich die Augen und fluchte still vor sich hin. Hagedorn und Grot standen da und starrten in sprachlosem Entsetzen die ununterbrochene Spiegelfläche des glitzernden Meeres an.

„Die Wilden müssen sie überrascht haben," sagte Grot mit bebender Stimme. „Deshalb haben sie uns im Stich gelassen."

„Oder aber sie haben den Lärm am Ufer gehört und sind in See gestochen," meinte Hagedorn.

Sie starrten einander verwirrt an. Dann ließ Stobel, der sich umgeschaut hatte, ein erstauntes Grunzen hören und wies auf ein auf den Strand gezogenes Boot, fast gegenüber der Stelle, wo das Zelt gestanden hatte.

„Einige von der Mannschaft sind an Land entkommen," sagte Herr Grot.

Sich landeinwärts schlagend, um den Schutz der Bäume zu genießen, näherten sie sich vorsichtig dem Boote. Herrn Grots Vermutung erhielt Nahrung durch die Tatsache, daß es mit Vorräten gut beladen war. Beim Näherkommen sahen sie ein Paar kleine Fässer, die ihrer Ansicht nach Wasser enthielten, einen unordentlichen Haufen Konserven in Dosen und zwei oder drei Sack Schiffszwieback. Trotz eifrigen Umherblickens konnten sie keine Spur von Menschen entdecken, so daß sie ihren Mut zusammennahmen und kühn auf das Boot zuschritten, dessen Inhalt sie verblüfft anstarrten.

Die Feuerwaffen, welche Stobel in der Nacht zuvor aus dem Zelte geschleudert hatte, lagen auf dem Boden des Bootes, zusammen mit Schachteln mit Patronen aus der Kabine, einem Paar Kerten und einem Haufen Zeug, von dem Herr Hagedorn mit einem scharfen Ausruf einen ziemlich zerrissenen Rock nebst Weste herabriß. Aus ersterem zog er eine dicke Brieftasche und untersuchte hastig, sie mit zitternden Fingern öffnend, ihren Inhalt.

„Die Karte ist verschwunden!" schrie er.

Die anderen glotzten ihn an.

„Busack ist mit dem Schiffe abgesegelt" fuhr er mit der Ruhe der Verzweiflung fort. „Es war die Mannschaft unseres eigenen Schiffes, die uns letzte Nacht erschreckte."

Herr Stobel, der ihn noch immer wie versteinert anstarrte, nickte langsam, Herr Grot fand nach einiger Anstrengung seine Stimme wieder.

„Sie sind mit dem Schatze davongefahren," sagte er langsam.

„Auch," fuhr Hagedorn fort, „ist dies nicht Voldts Insel. Ich kann jetzt alles klar sehen. Sie haben nur die Karte genommen und seit sind sie auf der Fahrt nach der richtigen Insel, um den Schatz zu heben. Es ist so klar wie der Tag."

„Heller Tag," sagte Stobel düster. „Wie aber konnten sie das wissen?"

„Irgend jemand hat geschwatzt," meinte Hagedorn mit harter Stimme. „Irgend jemand hat sich diesem ehrlichen offenherzigen Seemann, Kapitän Busack, anvertraut."

Er wendete sich beim Sprechen um und fixierte den mit offenem Munde dastehenden Grot scharf. In langsamerer Weise, aber nicht minder giftig, heftete auch Herr Stobel seinen Blick auf diesen liebenswürdigen, aber irregeleiteten Mann.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180607-18/fragment/page=0003

Allabendlich, pünktlich 7¾ Uhr: Allabendlich, pünktlich 7¾ Uhr:

„Der Hias“

Ein feldgraues Spiel in 3 Akten. Vollständig neue Einlagen im zweiten Akt.

Ueber 100 Mitwirkende.

Zugunsten des Kriegsdienstes.

Bisher über 3000 Mal in allen größeren Städten Deutschlands mit beispiellosem Erfolg aufgeführt. Dem Kriegsliebesdienst konnten bis jetzt über 1 Million 866 000 Mk. Rein-Ueberschuss zugeführt werden.

Sonntag, 9. Juni, zwei Vorstellungen, nachmittags 3½ Uhr und abends 7½ Uhr. In dieser Nachmittags-Vorstellung zahlen Militär u. Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.

Der Vorverkauf findet täglich an der Theaterkasse von 10—1½ und von 4—6 Uhr statt.

Walhalla-Theater. 842 **Walhalla-Theater.**

Stadt-Theater Halle

Sonnabend, 8. Juni 1918:

Der Troubadour.

Oper in vier Aufzügen von G. Verdi.

840

Sonntag, den 9. Juni 1918: nachmittags: König für einen Tag. Abends: Die Rose von Stambul.

Apollo-Theater.

Heute, abends ½8 Uhr, die letzte Aufführung!

„Das blonde Glück“.

Orientalische Operette in 3 Akten von Hermann Feiner und Julius Brandt. Musik v. Willy Ortmann.

Sonnabend, d. 8. Juni, Erstaufführung von

„Der Dorf-Caruso“.

Schwank-Operette in 3 Akten von T. Thoma.

Monate langer Erfolg am Münchener Volkstheater!

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Sonnabend, 8. Juni, abends 8 Uhr:

Grosser bunter Abend

der

Stummer- u. Müller-Sänger.

Kinder haben keinen Zutritt.

841 Die Geschäftsleitung.

Pfälzer Schießgraben.

Täglich: **Großes Frei-Konzert**

der gesamten Görlach'schen Kapelle.

Anfang abends 7½ Uhr. 796

Ganz neues patriotisches Programm.

Ergebenst ladet ein **Karl Henkelmann.**

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Alte Promenade 11a. Fernruf 5788. **U.T** Leipzigerstraße 88. Fernruf 1224.

Der Trenbruch

Drama aus dem Leben in 5 Akten. 844

Vorführung: 4.00 6.25 9.10.

Erika Gläßner

in dem entzückend. Lustspiel

Die Königin einer Nacht.

Vorführung: 3.10 5.30 8.00.

Henny Porten

in dem reizenden Lustspiel:

Agnes Arnau u. ihre 3 Freier

Vorführung: 3.50 6.10 8.20.

Eva Speier

in dem 4 Akten-Drama

Der verhängnisvolle Funke

Vorführ.: 3.00 5.10 7.20 9.40.

In beiden Theatern: Die neuesten Kriegsberichte.

Beginn 3 Uhr.

C. W. Trothe, Optische Anstalt, Fernspr. 2916.

Gegr. 1816. **Grosse Steinstrasse 16.**

Krawatten in sehr grosser Auswahl zu billigen Preisen.

Dauerwäsche-Vertrieb, Kl. Berlin 2, 1 Tr., rechts, 832] Ecke Sternstrasse.

Von morgen im

Burg-Theater:

Hauptschlager:

Die Fieber-Sonate.

5-Akter. 834

Liebes- und Sittenschlager.

806

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Verkauf von kondensierter Milch, in der Talamtschule am Sonnabend, den 8. Juni 1918.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 18001—23000 vorm. von 8—1 Uhr.

Einzelne Personen erhalten: 1 Flasche dänische sterilisierte Vollmilch zum Preise von 1.25 M. für die Flasche.

Haushalte bis drei Personen erhalten: 1 Dose kondensierte Magermilch zum Preise von 1.25 M. für die Dose.

Haushalte von mehr als drei Personen erhalten: 2 Dosen kondensierte Magermilch zum Preise von 1.25 M. für die Dose. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Halle, den 7. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Quark.

Am Sonnabend, den 8. Juni dss. Js., erfolgt der Verkauf von Quark auf den Abschnitt 6 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse an die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine mit den Nummern 65001—70000 an folgenden Stellen: Kaufmann Otto Brandt, Trotharstraße 58, Milchhändler Ende, Delitzscherstraße 10, Milchhändler Schönherr, Grünstraße 12. Für jedes Kind vom vollendeten 6.—12. Lebensjahre wird ½ Pfund Quark auf den oben bezeichneten Abschnitt zum Preise von 37 Pfg. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten. Gefäße sind unbedingt mitzubringen.

Außerdem werden die Inhaber der alten Lebensmittelscheine mit den vorbezeichneten Nummern, welche auf den Abschnitt 5 des Einkaufsscheines Quark noch nicht bekommen haben, zum Einkauf noch mit zugelassen. Der alte Lebensmittelschein ist von diesen vorzulegen.

Halle, den 7. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Kaffee-Ersatz in der Talamtschule am Sonnabend, den 8. Juni 1918.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 18001—23000 vormittags von 8—1 Uhr.

Für jede Person eines Haushaltes kann ½ Pfund zum Preise von 150 Pfg. abgegeben werden.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereithalten.

Halle, den 7. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Magermilch.

Am Sonnabend 8. Juni 1918, wird für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre der Verkauf von Magermilch fortgesetzt. Der Verkauf erfolgt von mittags 12 Uhr ab an folgenden Stellen: Bei dem Milchhändler Hinsche, Große Goienstraße 21, bei der Milchhändlerin Meinhardt, Gr. Brunnenstraße 36, und bei der Milchhändlerin Jäckh, Gr. Brunnenstraße 16. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine Nr. 52001 bis 56000.

Für jedes Kind vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre wird ¼ Liter Magermilch auf den Abschnitt 6 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse zum Preise von 12 Pfennigen abgegeben.

Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 7. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Einmachezucker.

Vom Montag, den 10. d. M., ab werden in den Markenausgabestellen gleichzeitig mit den Brotmarken Einmachezuckerkarten ausgegeben. Diese berechtigen zur Entnahme von 1100 Gramm Einmachezucker. Jeder Haushalt erhält soviel Marken, als auf seinem Lebensmittelschein Haushaltsangehörige verzeichnet sind. Es wird gleichzeitig darauf hingewiesen, daß auf eine zweite Zuteilung von Einmachezucker im Jahre 1918 nicht gerechnet werden kann. Es liegt daher eine möglichst sparsame und sachverständige Verwendung von Einmachezucker im eigenen Interesse der Bevölkerung. In der Hauptsache soll nur süßes und reifes Obst zum Einmachen verwendet werden, damit die geringen Mengen Einmachezucker zur Herstellung möglichst großer Mengen von Brotaufstrichmitteln dienen können. Die Einmachezuckerkarten verlieren am 30. Juni d. J. ihre Gültigkeit.

Halle, 7. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Möbel-Transporte sowie Speditionsfuhren führt fachgemäß aus 2 Albert Ackermann, Thomasiusstraße 15. Tel. 5643.

Für In. Hamsterfelle 123 zahlen höchsten Tagespreis. Gebr. Danglowitz, plan 2, Häute- u. Fellhandlg., Tel. 1178.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 8. Juni cr. werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 7 Uhr: Nr. 3741—3820; um 8 Uhr: Nr. 3821—3900; um 9 Uhr: Nr. 3901—3980.

Halle, den 6. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert Montag, 10., Dienstag, 11., und Mittwoch, 12. Juni 1918, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Grieß abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 7. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Ausgabe neuer Kohlenkarten.

Auf Grund der Bekanntmachung vom 12. April und 24. Mai dieses Jahres wird folgendes bestimmt: 1. In der Woche vom 10. bis 15. dss. Mts. werden in nachstehenden Brotmarkenausgabestellen neue Kohlenkarten für den Winterbedarf ausgegeben: 9. Bezirk, Merseburgerstr. 10, 10. Bezirk, Martinstr. 16, 11. Bezirk, Kurze Gasse 1, 12. Bezirk, Delitzscherstr. 90, 13. Bezirk, Gr. Steinstr. 35, 14. Bezirk, Weidenplan 4, 15. Bezirk, Henriettenstr. 3. Jeder zu den genannten Bezirken gehörige Haushalt, mit Ausnahme der unter 2 genannten, erhält an dem für die Ausgabe der Brotmarken festgesetzten Tage eine Kohlenkarte über 20 Ztr. Briketts. Haushaltungen, die keine Grudeofeneinrichtung besitzen, können auf Wunsch außerdem einen Bezugsschein über 500 Preßsteine in Empfang nehmen. Für die an Stelle der Preßsteine in Aussicht gestellten anderen Kohlenkarten werden Bezugsscheine für die Bezirke 9—15 erst vom 17. Juni ab in der Ortskohlenstelle auf Antrag ausgestellt. Der neue Lebensmittelschein ist bei Entnahme von Kohlenkarten und Bezugsscheinen vorzulegen. Die Haushaltungsvorstände sind verpflichtet, auf die Kohlenkarte die Nummer des Lebensmittelscheines, sowie Namen und Wohnung einzutragen. 2. Haushaltungen, denen ein Bezugsschein für Briketts oder Preßsteine zum Abholen aus der Grube verabfolgt worden ist, oder die noch entsprechende Vorräte an Brennstoffen besitzen, sowie Empfänger von Deputatkohlen sind zur Entnahme einer Kohlenkarte oder eines Bezugsscheines nicht berechtigt. 3. Ueber die Ausgabe der Karten für die Bezirke 16 bis 30 erfolgt demnächst weitere Bekanntmachung. Ebenso für die noch zu verteilenden Mengen für mittlere und größere Wohnungen. 4. Für Wohnungen mit Zentralheizungen, für Behörden, Kirchen, Schulen, öffentliche Anstalten, Kleingewerbe und Landwirtschaft, sowie für Haushaltungen, die sich die Kohlen von der Grube abholen wollen, werden Bezugsscheine nur in der Orts-Kohlenstelle, vormittags von 8½—12½ Uhr, ausgestellt. 5. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unterliegen den in der Bekanntmachung vom 12. April ds. Js. enthaltenen Strafbestimmungen.

Halle, den 6. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Ausgabe neuer Grudebezugscheine.

1. In der Woche vom 10. bis 15. dss. Mts. werden in den zuständigen Brotmarkenausgabestellen an dem für die Ausgabe der Brotmarken festgesetzten Tage neue Grudebezugscheine ausgegeben. 2. Der Stamm (mittlerer Teil) des Grudebezugscheines Nr. 5 gilt als Ausweis zur Empfangnahme des Bezugscheines Nr. 6. Der neue Lebensmittelschein ist mit vorzulegen. 3 Für die Zeit vom 17. Juni bis 13. Juli dss. Js. gelten vom Bezugschein Nr. 6 die Abschnitte Nr. 1—8. Die Abschnitte vom Bezugschein Nr. 5 verlieren mit dem 16. dss. Mts. ihre Gültigkeit. 4. Die Händler sind verpflichtet, an jedem Montage die Abschnitte, auf welche in der vorhergehenden Woche Grudeofen geliefert worden ist, an die Ortskohlenstelle abzugeben. 5 Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unterliegen den in der Bekanntmachung vom 12. April dss. Js. enthaltenen Strafbestimmungen.

Halle, 6. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Vereins-Anzeiger

zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender

Veranstaltungen

der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.

Freitag, den 7. Juni, pünktlich abends ½9 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Mittwoch um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte“

Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Stauditzstraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr. Sonntags von 8—11 Uhr: Volkstümliches Turnen und Spiel auf dem Sandanger.

Sonntag den 9. Juni: Ausflug nach Röpzig-Burglebenau. Abmarsch: 1½ Uhr vom Rannischenplatz.

Touristen-Ver. „Naturfreunde.“

Sonntag den 9. Juni: Tageswanderung: Heide-Wettin-Spielberg. Abmarsch: 7 Uhr von der Kröllwitzerbrücke. Führer: Haase.

Kopfwäsche

Frisieren.

Hauben-Netze

Stück 1.40, Dutzend 16 Mark.

845 **Zöpfe**

größte Auswahl, billige Preise. Ankauf von ausgekämmtem Damenhaar.

Zopf-Siebert,

nur Leipzigerstr. 33. Tel. 3129.

Woher kommt das Geld zum Kriege?

Von Julian Borchardt.

Preis 60 Pf. (Porto 5 Pf.)

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung** Halle, Harz 42-44.

K. Weinrich,

Roßschlächterei, Bäbergerweg 30, Teleph. 1876, 49 zahlt für **Schlachtpferde** die höchsten Preise.

Rechtskenntnis ist der beste Rechtsschutz.

Das Eherecht (Verlöbnis, Eheschließung, Ehenichtigkeit und Wirkungen der Ehe)	1.00 M.
Das Ehescheidungsrecht	1.00 „
Gesetzliches Erbrecht	1.00 „
Das Mietsrecht	1.00 „
Verwandschaftsrecht	1.00 „
Vormundschaftsrecht	1.00 „
Das Recht der Testamente und Erbverträge	1.00 „
Schenkung, Leihe, Bürgschaft, Darlehn	1.00 „
Strafprozeß	1.00 „
Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit	0.50 „
Auftrag und Verwahrungsvertrag	0.50 „
Bundesrat und Reichstag	0.50 „

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle, Harz 42/44.

Eine grosse Auswahl zu billigen Preisen in

Strohhüten-, Strohhutformen-, Hutblumen, finden Sie im

in einfachen und eleganten Garnierungen, in allen Geflechten und neuesten Formen, Ranken, Tuffs, Federn, Agraffen,

Kaufhaus 843 **H. Elkan,** Leipzigerstr. 87.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180607-18/fragment/page=0004

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 7. Juni. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Zeitweilig aufflebender Artilleriekampf. Rege Erkundungstätigkeit. Bei einem Vorstoß in die französischen Linien westlich vom Kemmel nahmen wir zwei Offiziere und 50 Mann gefangen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Auf dem Schlachtfelde blieb die Gefechtstätigkeit auf örtliche Kampfhandlungen beschränkt. Nördlich der Aisne und nordwestlich von Chateau-Thierry wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Südwestlich von Sarcy nahmen wir nach starker Artillerievorbereitung die feindlichen Linien beiderseits der Ardre. Wir machten 300 Gefangene.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

* *

Berlin, 6. Juni. (Amtlich.) An der Front **zwischen der Marne und Reims** setzten die Franzosen ihre fieberhaften Anstrengungen fort, das waldige Höhengelände zu sichern. Während sie im Zeurtum wo die Deutschen am weitesten vorgedrungen sind, daran arbeiten, das Bois de Gheste zu verdrahten, versuchten sie an dem an die Marne angelehnten Flügel, ihre Linien vorzuschieben. Ihr banditenhaftiger Ueberfall am Morgen des 6. Juni scheiterte jedoch ebenso, wie ein Angriff auf die deutschen Postenstellungen vor Verneuil. Das französische Artilleriefeuer, das mit weittragenden Batterien bis über die Vesle hinaus und bereits angefangen hat, die noch ungestörten Orte in Trümmer zu schießen, ließ am 5. infolge der Bekämpfung durch die deutschen Batterien wesentlich an Heftigkeit nach. Deutscherseits wurde Bahn- und Straßenverkehr hinter der französischen Front gestört. Der Bahnhof Louy wurde in Brand geschossen. Im südlichen Teil von Reims konnten mehrere große Explosionen und Brände beobachtet werden. In den Fliegerschuppen nördlich Bouisaccourt wurden noch zwei unzerstörte französische Flugzeuge festgestellt.

Der Krieg zur See.

Versenkungen im Mittelmeer.

Berlin, 6. Juni. (Amtlich.) Im Mittelmeer versenkten deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote 5 Dampfer und 6 Segler von zusammen über 20 000 Tonnen. Die Dampfer wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen, einer von ihnen war ein Kriegsmaterialtransporter. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Deutsche U-Boote an der amerikanischen Küste.

Darüber liegt heute eine überraschend große Zahl von Meldungen vor. Wir geben die wichtigsten wieder:

Amsterdam, 6. Juni. (W. T. B.) Nach einer Reutermeldung aus Neuyork wird angenommen, daß etwa fünfzehn amerikanische Schiffe, darunter zwei Dampfer, von Unterseebooten an der Nordatlantischen Küste seit dem 25. Mai versenkt worden sind.

Neuyork, 5. Juni. (Reuter.) Zu dem Unterseebootsangriff wird noch gemeldet, daß 58 Personen umgekommen und vermißt sind. Aus Lewis wird berichtet, daß 16 von den 35 Personen, die die Carolina in einem Motorboot verließen, dadurch ertrunken seien, daß das Boot umschlug.

London, 6. Juni. (Reuter.) Die Blätter melden aus Washington, daß ein deutsches Unterseeboot den norwegischen Dampfer Gibbs beschossen und versenkt hat. Die Besatzung wurde gerettet.

Washington, 6. Juni. (Reuter.) Die Unterseebootsangriffe in amerikanischen Gewässern standen in der heutigen Sitzung des Wilsonschen Kriegskabinetts zur Besprechung. Hoover teilte später mit, daß die Lebensmittelversorgung des Heeres über See durch die feindlichen Angriffe nicht gefährdet werde.

Amsterdam, 6. Juni. (W. T. B.) Central News meldet aus Washington, daß der Marinesekretär außer Neuyork auch die Schießung von Boston, Philadelphia und der anderen an der atlantischen Küste gelegenen Häfen angeordnet hat.

Neuyork, 5. Juni. (Reuter.) Es ist die Anordnung getroffen worden, daß die Küste verdunkelt bleiben muß. Im Zusammenhang mit dieser Maßnahme sind auch die Lichtreklamen auf dem Broadwah verboten worden. Die Gebäude in denen Licht gebrannt wird, müssen nach außen abgeblendet werden. Gründe für diese Maßnahmen sind nicht angegeben worden, aber wahrscheinlich haben sie den Zweck, mögliche Luftangriffe der Deutschen zu verhindern.

Amsterdam, 6. Juni. (W. T. B.) Einem hiesigen Blatte zufolge meldet die Financial Times in ihrer amerikanischen Börsenübersicht, daß Luftangriffe in den Vereinigten Staaten stattgefunden hätten.

Rotterdam, 6. Juni. (W. T. B.) Dem Nieuwe Rotterdamsche Courant zufolge meldet Central News aus Washington am Montag, daß die Schiffsversicherer infolge der U-Bootsangriffe die Versicherungsprämien von ein auf zwei Prozent erhöhten.

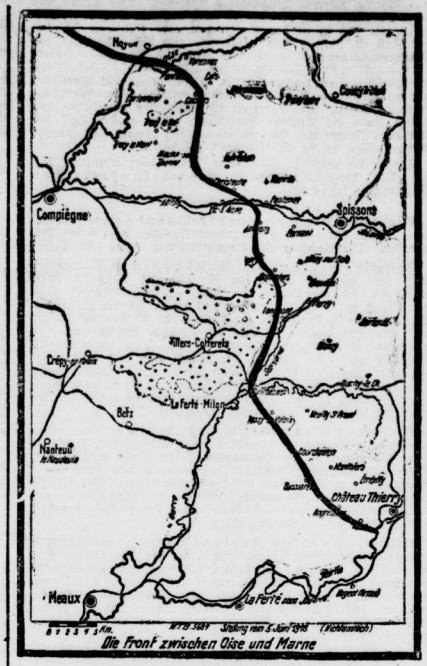
Ein Hospitalschiff durch Mine gesunken.

Haag, 6. Juni. Das Hospitalschiff Königin Regentes ist auf eine Mine gelaufen. An Bord befanden sich die englischen Delegierten. Soweit bekannt, waren keine verwundeten Kriegsgefangenen an Bord. — Das Hospitalschiff Sindoro ist mit der Rettung der Ueberlebenden beschäftigt. Nach späteren Berichten sind bei dem Unglück mehrere Personen der Besatzung umgekommen. Der Unfall hat noch in Sicht der englischen Küste, ungefähr 20 Meilen von Lemanbank, stattgefunden.

Amsterdam, 6. Juni. Wie einem hiesigen Blatte aus Rotterdam gemeldet wird, hat die Direktion des Rotterdamschen Lloyds von dem Kapitän des Hospitalschiffes Sindoro die drahtlose Nachricht erhalten, daß sich auf dem gesunkenen Hospitalschiff Königin Regentes weder Verwundete noch Kriegsgefangene befanden. Man hält es noch für sehr wahrscheinlich, daß die englischen Delegierten nicht an Bord der Königin Regentes waren, da bei der Abreise des Hospitalschiffes gemeldet wurde, daß die Kommission sich auf der Sindoro eingeschifft habe. Infolge des Unfalls hat der ganze Convoi sich verspätet. Die Schiffe werden erst morgen früh in Rotterdam erwartet.

Ukrainisches Munitionsdepot in die Luft geflogen.

Kiew, 6. Juni. (W. T. B.) Heute vormittag 10 Uhr brach in einem großen ukrainischen Munitionsdepot im Vorort Sveringy westlich der Pawra Feuer aus. Die sofort angestellten Löschversuche blieben erfolglos, so daß das Feuer auf die zahlreichen Munitionsschuppen übergriff, die nach und nach in die Luft flogen. Der Brand entstand aus vorläufig nicht festgestellter Ursache in der Nähe eines Schuppens mit alten russischen Raketen. Bald nach 11 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt. Durch den Luftdruck sind in der Stadt zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert. Die anfängliche Panik legte sich bald, mittags zeigte sich bereits das gewohnliche Straßenbild. Die Zahl der Opfer unter der Bevölkerung beträgt etwa 60 Tote und mehrere Hundert Verwundete, meist Ukrainer. Das gefährdete Gelände ist durch deutsche Truppen abgesperrt, die sich opferwillig an den Löschversuchen und Rettungsarbeiten beteiligten.



Kapital und Landwirtschaft.

Auf dem Grundstücksmarkt besteht eine kaum glaubliche Nachfrage nach Rittergütern. Die wirtschaftliche Entwicklung während des Krieges, die die Konzentration größerer Vermögen in den Händen weniger beschleunigt hat, hat bei denen, die während des Krieges sich auf Kosten der deutschen Steuerzahler bereichert haben, solche Kapitalsmengen angehäuft, daß sie sich nach ganz anderen Anlagemöglichkeiten umsehen, als sie ihnen jetzt Industrie und Kriegsanleihen bieten. So fließen jetzt gewaltige Kapitalmengen, die während des Krieges in der Industrie und auf dem Wege der Spekulation verdient worden sind, in die Landwirtschaft. Dabei mag zwar bei manchen Kapitalisten, die jetzt Rittergüter zu kaufen suchen, der Wunsch mitspielen, durch Erwerb eines Rittergutes an gesellschaftlichem Ansehen zu gewinnen und durch die Maske des Rittergutsbesitzers das etwas odiöse Gesicht des Kriegsgewinnlers zu verbergen. In der Hauptsache sind aber doch wirtschaftliche Gründe für die große Nachfrage nach Rittergütern bestimmend.

Der Besitz eines landwirtschaftlichen Großbetriebes gibt dem Besitzer während des Krieges nicht nur die Möglichkeit der Selbstversorgung, also gewissermaßen eine Garantie für eine Ernährung, wie sie die weitesten Kreise des Volkes während des Krieges nicht haben, sondern zugleich eine Rente, die durch die Preissteigerung für Lebensmittel während des Krieges exorbitant hoch ist. Schon vor dem Kriege, als die Landwirtschaft den Inlandsmarkt durch die Hochschutzzoll-Politik beherrschte, waren die Summen, die das deutsche Volk infolge der durch die Hochschutzzölle künstlich hervorgerufenen Preisübersteigerungen an die Agrarier zahlte, so hoch, daß von 45 000 Großgrundbesitzern, die es vor dem Kriege in Deutschland gab, im Durchschnitt jeder eine Liebesgabe von 38 000 Mk. jährlich vom deutschen Volke bezog. Die gewaltige Preissteigerung während des Krieges hat die Grundrente noch beträchtlich erhöht. Infolge dieser günstigen Aussichten strömt jetzt das Kapital in die Landwirtschaft, wobei Preise für Grund und Boden geboten werden, die gegen früher erstaunlich sind. Diese Preise werden gezahlt in der Hoffnung, daß die Grundrente auch nach dem Kriege sich auf der jetzt erreichten Höhe halten wird. Das aber setzt voraus, daß die Lebensmittelpreise auf derselben Höhe gehalten werden wie jetzt. Mögen solche agrarische Hoffnungen nun auch gegründet sein auf die Hochschutzzoll-Politik, auf andere staatliche Maßnahmen, oder auf die preissteigernde Wirkung der Welt-Hungersnot — den Nachteil wird die minderbemittelte Bevölkerung haben. Die Nachfrage nach Rittergütern entspringt also den Bestrebungen, auch nach dem Kriege unter Ausnutzung der Notlage der breiten Masse, durch Forderung von Wucherpreisen, gewaltige Profite in der Landwirtschaft zu erzielen.

Darüber hinaus spekulieren die Kapitalisten, die jetzt ihre Kriegsgewinne in Rittergütern anlegen, darauf, daß die Besitzlasteranlage ihnen mehr als jede andere die Möglichkeit gewährt, größere Teile ihres Einkommens und Besitzes dem Zugreifen der Steuerbehörde zu entziehen. Die bundesstaatliche Einkommens- und Besitzsteuergesetzgebung, wie sie jetzt besteht, schont den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz. Die Steuerbehörde hat den Beziehern von Lohn und Gehalt gegenüber die Möglichkeit, einwandfrei das Einkommen festzustellen, da die Unternehmer verpflichtet sind, Angaben über die Lohnhöhe zu machen, aber dem Großgrundbesitzer sind alle Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung offen. Er genießt dabei die Vergünstigung, daß er von seinem Einkommen Abzüge zu machen berechtigt ist, denen nichts ähnliches auf der Seite der Lohn- und Gehaltsempfänger gegenübersteht. Die Besitzsteuer, wie sie jetzt in den größeren Bundesstaaten besteht, ist weit davon entfernt, den Grundbesitz zu treffen. Viel mehr als den agrarischen Besitz trifft sie den industriellen. Gerade aber nach dem Kriege werden die Kapitalisten trachten, noch mehr als bisher ihr Einkommen und Vermögen soviel als möglich vor dem Griffe der Steuerbehörde zu sichern. Aus diesen Erwägungen heraus suchen sie ihr überflüssiges Kapital in der Landwirtschaft festzulegen, um hier mit besserem Erfolg Steuern hinterziehen zu können.

Das setzt natürlich voraus, daß die Begünstigung des Großgrundbesitzes in der Steuergesetzgebung nach dem Kriege ebenso enthalten ist wie in der bisherigen Steuergesetzgebung. Nichts zeigt deutlicher, wie stark diese Hoffnungen den besitzenden Klassen sind, als der Kapitalzustrom zur Landwirtschaft. Das ist ein Symptom, das mit aller Schärfe zeigt, wie notwendig es ist, den Kampf gegen die besitzenden Klassen weiterzuführen. Geht es nach ihren Wünschen, so wird nach dem Kriege das Volk weiter hungern, um dem Besitz hohe Renten abzuwerfen, und es wird die Hauptlast der Steuern tragen, um der durch den Krieg entstandenen Rentenklasse ihre Kriegsgewinne zu verzinsen.

Der Kreis der Großkapitalisten wird durch den Krieg immer enger. Jene Zusammenballung des Kapitals in den Händen weniger, die schon vor dem Kriege in schnellem Tempo vor sich ging, ist durch den Krieg noch beschleunigt worden. Die Interessensolidarität zwischen industriellem und agrarischem Besitz wird dadurch immer enger, die Bedrückung der minderbemittelten Schichten des Volkes immer härter.

Politische Uebersicht.

Zur Nachwahl in Berlin I.

Den Regierungssozialisten ist es offenbar unangenehm, daß den ihnen befreundeten Fortschrittlern die Wiederbesetzung des durchs Kaempfs Lod freigewordenen Mandats des 1. Berliner Reichstagswahlkreises nicht ohne Widerspruch gestattet sein soll. Es war früher der Stolz der Sozialdemokratie, daß sie sich an jeder Wahl beteiligte; für uns war nicht das Mandat die Hauptsache, sondern die Gewinnung der Arbeitermassen für unsere Anschauungen. Wenn wir uns von Anfang an an den Wahlen nicht beteiligt hätten, so würden wir noch heute keinen sozialdemokratischen Vertreter im Reichstage haben, denn alle Wahlkreise waren einmal „aussichtslos". Seitdem aber die Regierungssozialisten sich mit einem Teile des Bürgertums zusammengefunden haben, scheint ihnen auch dieser Grundsatz überlebt zu sein; nicht mehr die Gewinnung der Wähler für die sozialdemokratischen Ideen ist jetzt die Hauptsache, sondern die Erlangung von Mandaten. Das hat sich schon in mehreren Kreisen gezeigt, wo sie auf alle sozialdemokratischen Prinzipien Verzicht leisteten und dafür die Unterstützung der bürgerlichen Parteien erkauften.

Wie eng schon bürgerliche und regierungssozialistische Auffassung und Taktik zusammenhängt, das zeigt eine Notiz der Dresdner Volkszeitung, die sich mit der Mitteilung des Berliner Mitteilungsblattes beschäftigt, daß die Unabhängige Sozialdemokratie in Berlin I einen Kandidaten aufstellen werde. Das Blatt sagt:

Wenn die Unabhängigen von „Bank- und Konfektionskapital" reden, so mag es sein, daß sie durch die Geldmittel, die gerade sie von geldschweren Gönnern in Berlin W. reichlich zugeteilt erhalten, sich den Luxus eines aussichtslosen Wahlkampfes leisten können. Unsere Berliner Parteileitung aber dürften die Arbeitergroschen zu schade sein, um sie für unnütze Aktionen zu verschwenden.

In diesem blöden Geschreibe fehlt nichts von dem, was früher von den Antisemiten, vom Reichsverband, von Herrn Eugen Richter und ähnlichen Leuten gegen die Sozialdemokratie vorgebracht worden ist. Jedes Wort der Abwehr dagegen erscheint überflüssig. Es sei lediglich daran erinnert, daß die Quelle, aus der die hervorragenden regierungssozialistischen Unternehmungen gespeist werden, lediglich dem Kriegsgewinnler Parvus ihr Dasein zu verdanken hat.

Protestwahl in Oberschlesien.

Das Zentrum unterlegen, der Pole Korfanty gewählt!

Beuthen, 6. Juni. Bei der heutigen Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Oppeln 4 (Kublinitz-Tost-Gleiwitz) für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Oberlandmesser Stadtrat Barlo wurden bisher gezählt für den Abgeordneten Korfanty (Pole) 18 760 Stimmen, für Rechtsanwalt Nebsert (Zentr.) 8147 Stimmen. Einige Wahlkreise stehen noch aus, die aber an der Wahl des Abgeordneten Korfanty nichts ändern.

Der Wahlausgang ist bemerkenswert. Bei der allgemeinen Wahl 1912 erhielt das Zentrum zuerst 10 327 Stimmen, der Pole 10 812; in der Stichwahl siegte der Zentrumsmann mit 14 109 gegen 13 382 polnische Stimmen.

Mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten sind im Kriege. Trotzdem hat Korfanty, der Pole, jetzt mehr Stimmen erhalten als 1912, während das Zentrum weit zurückbleibt.

Die Wahl von Oppeln 4 ist die denkbar schärfste Verurteilung der Regierungspolitik, der der Zentrums-Graf Hertling als Reichskanzler vorsteht. Sie ist aber im besonderen ein Protest gegen die polnische Politik in Preußen und Deutschland, die nichts von all den schönen Versprechungen gehalten hat und nichts weniger als versöhnend geworden ist.

Zangengeburt.

Die Verhandlungen der Parteien über die Neuregelung der Besetzung des Reichstagsbureaus scheinen einigermaßen schwierig zu sein. Am Donnerstag sollte sie bereits im Plenum erledigt werden; es kam dazu aber nicht. Die Schwierigkeiten der Einigung unter den Blockparteien sind groß.

Zunächst verzögerte der Seniorenkonvent mit einer sehr langen Sitzung den Beginn der Plenarverhandlungen um fast eine Stunde. Trotzdem mußte Vizepräsident Paasche folgende Mitteilung machen: „Ich habe Ihnen im Auftrage des Aeltestenausschusses den Vorschlag zu machen, heute die Wahl des Präsidenten auszusetzen mit Rücksicht auf eine Neuregelung, auch der Frage der Wahl der Vizepräsidenten. Es handelt sich um einen einstimmigen Beschluß des Aeltestenausschusses. Es wird noch heute von der Mehrheit des Reichstages ein Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht werden. Ich wurde vorschlagen, diesen Antrag der verstärkten Geschäftsordnungskommission zu überweisen, so daß dann die Wahl erst stattfinden würde, nachdem diese Geschäftsordnungskommission ihren Bericht erstattet haben wird."

Das Haus stimmte diesem Vorschlage zu und setzte die Debatte über Zensur und Belagerungszustand fort. Ihren Höhepunkt erreichte sie am Schlusse mit einer großen Rede des Genossen Haase, die wir, ihrer Bedeutung wegen, an anderer Stelle im Wortlaut nach dem Stenogramm wiedergeben.

Die Konservativen haben die ihnen vom Zentrum angebotene Vertretung im Präsidium abgelehnt.

* *

Die Mehrheitsparteien, einschließlich der Nationalliberalen, haben nach neuerer Meldung einen Antrag eingebracht 1. zu den zwei Vizepräsidenten noch einen dritten hinzuzuwählen; 2. die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten in besonderer Wahlhandlung zu wählen und 3. im § 10 der Geschäftsordnung zu sagen: Der Präsident bereinbart mit den Vizepräsidenten die Reihenfolge der Vertretung im Falle seiner Verhinderung und ordnet den Wechsel im Vorsitz.

Die Gefahren Rußlands.

Rotterdam, 5. Juni. (W. T. B.) Nach dem Nieuwe Rotterdamsche Courant wird der Daily News aus Moskau vom 29. Mai gemeldet: Im Dongebiet ist eine neue Regierung entstanden, ähnlich wie die Skoropadskis in der Ukraine. Sie behauptet, auf Grund eines im Oktober 1917 geschlossenen Vertrages die Bevölkerung des Dongebiets, vom Kuban, von Terek, Astrachan und Nordkaukasien zu vertreten. Sie ist mit anderen Worten Anhängerin der antibolschewistischen gegenrevolutionären Bewegung; an ihrer Spitze steht General Krasnow, der die Truppen Kerenskis bis zu dessen Verschwinden aus Gatschina nach dem Ausbruch der Oktoberumwälzung geführt hat.

Kiew, 6. Juni. (W. T. B.) Golos Kiewa bringt unter der Ueberschrift Ohnmächtige Wut die Meldung aus Petersburg, daß der Rat der Volksbeauftragten das Haupt der Donregierung, General Krasnow, als Volksfeind und als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180607-18/fragment/page=0005

Für eine neue internationale Sozialistenkonferenz.

London, 6. Juni. Das Reutersche Bureau erfährt: Hjalmar Branting, der Vorsitzende der schwedischen sozialdemokratischen Partei, und Troelstra, der Vorsitzende der holländischen sozialdemokratischen Partei, erhielten eine Einladung, der jährlichen Besprechung der englischen Labour Party am 26. Juni und den beiden folgenden Tagen beizuwohnen. Eine besondere Erörterung wird den internationalen Angelegenheiten gewidmet sein.

Nach der Besprechung werden Albert Thomas und Vandervelde, die ebenfalls eingeladen worden sind, wahrscheinlich in Begleitung von Branting, Troelstra, Artur Henderson und Camille Huysmans nach Paris zurückkehren, um Maßnahmen zur Veranstaltung einer etwaigen internationalen sozialistischen Konferenz zu besprechen.

Kleine politische Nachrichten.

Keine Aenderung der Ernährungswirtschaft. Berlin, 6. Juni. Im Ernährungsausschuß des Reichstags erklärte Unterstaatssekretär Dr. Müller u. a., daß die Frühdruschprämien auch in diesem Jahre beibehalten werden würden. Die Obstpreise und Gemüsepreise hätten gegenüber dem Vorjahre teilweise erhöht werden müssen, weil die Erzeugungskosten und Unkosten des Handels gestiegen seien. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst habe aber vorläufig nur Richtpreise festgesetzt. Höchstpreise sollten erst dann festgesetzt werden, wenn der Ausfall der Ernte sich übersehen lasse.

Kleine Auslandsnachrichten.

Ukrainisches. Kiew, 5. Juni. (W. T. B.) In den ukrainisch-finnischen Ausschußverhandlungen wegen Rückgabe des rollenden Eisenbahnmaterials wurde bisher eine Einigung nicht erzielt. — Zum zweiten Gehilfen des Handelsministers wurde der Vorsitzende der Jekaterinowslawer Fabrikationsvereinigung Otzup vorgeschlagen, der auf dem Handelstage für ein schöpferisches Zusammenarbeiten des Unternehmertums mit den Arbeitern und für eine Förderung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiter nach westeuropäischen Muster eingetreten ist. — Das Verkehrsministerium hat die Ingenieure Jaworski und Tillinger zum Studium einer Verbindung des Schwarzen Meeres mit der Ostsee durch ein Kanalsystem nach Polen und Deutschland entsandt.

Gegen den inneren „Feind". London, 6. Juni. (Reuter.) (Amtlich.) Als vorübergehende Maßnahme wurde General Robertson zum Oberbefehlshaber in Großbritannien ernannt.

Aus der Partei.

Hände weg!

Die Leipziger Volkszeitung setzt der folgenden Notiz die vorstehende kategorische Stichmarke vor: „Die Arbeiterpolitik in Bremen tritt für die Schaffung einer politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation ein und fordert ihre Anhänger auf, überall Ortsvereine zu gründen, wo es irgend angängig ist. **Das würde vor allem die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Es ist selbstverständlich, daß die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei dafür nicht zu haben sind."**

Das ist auch unsere Meinung. Worauf es uns ankommen muß, das ist: die freien Gewerkschaften wieder mit dem Geiste des Kampfes gegen den Kapitalismus zu erfüllen und den unheilvollen Einfluß gewisser ehrgeiziger Führer zu brechen. **Die freien Gewerkschaften müssen wieder wirklich frei werden!**

Zur Berliner Reichstagswahl. Vom Vorwärts wird die Meldung einer Berliner Lokalkorrespondenz nachgeäfft, von den Unabhängigen sei Genosse Düwell als Kandidat für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis aufgestellt. Diese Nachricht ist falsch. Die Parteigenossen haben zur Kandidatenfrage überhaupt noch nicht Stellung genommen.

Marxfeiern veranstaltete die U. S. P. auch in Frankfurt am Main und Mannheim. Die kleine Verspätung — gemessen am eigentlichen Gedächtnistage — konnten unsere dortigen Genossen nicht vermeiden. Der Feier selbst tut dies keinen Abbruch. Es waren wohlgelungene Arrangements, die in ihrem Verlauf einen Erfolg unserer Bewegung brachten. Genosse K. Kautsky, der an beiden Orten die Festrede übernommen, sprach zunächst in Frankfurt a. M. Dort hatten sich die Genossen und Genossinnen in der großen Stadthalle versammelt. Mannheim hatte am Sonntag, den 2. Juni, im Musensaal des städtischen Rosengartens eine glänzende Feier. Mehr als 1200 Besucher füllten den prächtigen Raum, unter ihnen auch Genossen aus Ludwigshafen und anderen Orten. Einige musikalische und künstlerische Darbietungen, unter Mitwirkung der größten Mannheimer Arbeiter-Gesangvereine, trugen auch hier zum guten Gelingen des Tages bei. Als dann der Vorsitzende in wirkungsvollen Worten die Feier schloß, durchbrauste ein jubelndes Hoch auf den internationalen Sozialismus den Saal. Den vorgeschrittenen Arbeitermassen kommt immer mehr zum Bewußtsein, daß der internationale Sozialismus in der U. S. P. seine deutsche Trägerin findet. Die Mannheimer Abhängigen lieben es, die J. S. P. als ein möglichst kleines Häuflein hinzustellen. Ob ihr Organ, die Volksstimme, wohl einen Vergleich unserer Marxfeier mit dem Besuch und Verlauf der Feier der Abhängigen wagen wird?

Aus der Provinz.

Die Ernährung der Selbstversorger 1918/19.

In Anlehnung an die Brotgetreide-Versorgung vom Jahre 1916 werden die zur Ernährung der Selbstversorger und zur Bestellung der Grundstücke den Landwirten zu belassenden Mengen in der neuen Reichsgetreideordnung selbst genannt. Die Sätze entsprechen im allgemeinen denen des Vorjahres. Es heißt in der Verordnung:

Trotz der Beschlagnahme dürfen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe aus ihren selbstgebauten Früchten verbrauchen:

zur Ernährung der Selbstversorger auf den Kopf für die Zeit vom 16. August 1918 ab

a) an Brotgetreide monatlich 9 Kilogramm,

b) an Gerste, Hafer und Mais monatlich insgesamt 2 Kilogramm,

c) an Hülsenfrüchten monatlich insgesamt 1 Kilogramm. Gemenge, in dem sich Hülsenfrüchte befinden, gilt als Hülsenfrüchte,

d) an Buchweizen für das ganze Wirtschaftsjahr insgesamt 25 Kilogramm,

e) an Hirse für das ganze Wirtschaftsjahr insgesamt 10 Kilogramm.

Die zur Fütterung bestimmten Mengen werden vom Reichskanzler erst im August festgesetzt.

Heimatfronttheater des 4. A.-K.

Den vielfachen und ganz berechtigten Bestrebungen, unserem Volke in dieser schweren Zeit durch eine würdige, aber immerhin heitere Unterhaltung für ein paar Stunden über die bangen Sorgen des Tages hinwegzuhelfen, hat das Stellvertretende Generalkommando des 4. Armeekorps angeschlossen. Es ist zu diesem Zwecke ein Heimatfronttheater gebildet worden, dessen Vorbereitung und Leitung in den Händen des stellv. Generalkommandos liegt. Dieses Heimatfronttheater besteht aus zwei Truppen: einer Siegspiel- und einer Schauspieltruppe. Das Singspiel bringt kleine Kammeroper unserer besten Meister wie Haydn, Mozart, Gluck, oder auch die so sehr beliebten musikalischen Haustomödien, deren Text wie Musik von einem feinsinnig-lieblichen bald auch derbwohltuenden Humor vergoldet sind. Das Schauspiel bringt lustigen Einakter von Hans Sachs und andern kleineren Lustspielen von Goethe, Körner, Wildenbruch aufleben. Alle Stücke sind so zugeschnitten, daß sie auch mit ganz einfache Bühnenverhältnisse, wie das ja in den Gemeinden oder kleineren Städten der Fall ist, passend sind. Wie sich aus dem Charakter des Heimatfronttheaters ergibt, sind natürlich finanzielle Interessen damit nicht verbunden, es soll also auch kein Konkurrenzunternehmen sein; andererseits wird aber besonderer Wert darauf gelegt, unserer Bevölkerung etwas wirklich Gutes für wenig Geld zu bieten. Die Spielzeit ist einstweilen vorgesehen von Mitte Juni bis Anfang September. Ein großer Teil der kleineren Städte und Gemeinden hat sich bereits eine Anzahl Vorstellungen beider Spieltruppen gesichert.

Soweit die amtliche Mitteilung. Man darf erwarten, daß sich das Theaterunternehmen nur von künstlerischen Grundsätzen leiten läßt.

Merseburg. Die Ludendorff-Spende ergab hier bereits 89835 Mk. Ein ungenannter Spender hat 15000 Mk. gegeben. Die Büchsen- und Haussammlung ergab 8370 Mk.

Schkeuditz. Verkauf von Kunsthonig ab Sonnabend. Auf den Kopf ½ Pfund zu 37 Pf. auf Abschnitt 14 B. Marmeladeverkauf am Dienstag auf Abschnitt 41 A ein Pfund zu 93 Pf. Fettzuteilung. In der städtischen Butterverkaufsstelle können die Einwohner 40 Gramm Butter auf Stadtbuttermarke 88 und 50 Gramm Butter auf eine Buttermarke K käuflich erwerben. Auf eine abgestempelte Zusatzfettmarke des Kreises Merseburg und auf eine abgestempelte Buttermarke G werden 50 Gramm Butterschmalz und auf eine unabgestempelte Buttermarke G 50 Gramm Margarine verabfolgt. Freitag und Sonnabend ist die Verkaufsstelle geöffnet. Die Reihenfolge beachten!

Querfurt. Untergewicht bei Backwaren. Das Kreisblatt teilt mit: Gelegentlich einer behördlichen Nachprüfung des Gewichts von Backwaren ist festgestellt worden, daß Vier- und Sechspfundbrote bis zu einem halben Pfund und Brötchen bis zu 25 Gramm Mindergewicht hatten. Das Publikum wird gut tun, im eigenen Interesse bei allen Waren auf volles Gewicht zu achten. Nachprüfungen der Backwaren sollen jetzt häufiger vorgenommen werden.

Eisleben. Infolge Freitod verstarb am Mittwoch mittag der juristische Abteilungsdirektor der Mansfelder Gewerkschaft, R. Thewes. Nachdem er als Landesrat der Bezirksregierung aus dieser ausschied, trat er in die Dienste der Mansfeldschen Gewerkschaft, wurde Stadtverordneter und als Stadtverordnetenvorsteher, am Montag fungierte er noch als solcher, hat er sich unzweifelhafte Verdienste im Interesse der Stadt bei manch schwieriger Lage erworben. Er war eine Persönlichkeit, die sich unter allen Umständen durchzusetzen wußte, manchmal schoß er allerdings recht sehr über das Ziel hinaus. Auch war er Vorsitzender des Mansfelder Knappschaftsvereins.

Aseleben. Die Pregelmühle wurde durch einen Brand teilweise vernichtet. Erhebliche Mehl- oder Getreidevorräte sind nicht verbrannt.

— Tödlich verunglückt ist auf der Zuckerfabrik der Kocher Andreas Müller. Ihm wurde zwischen zwei Eisenbahnwagen der Brustkorb eingedrückt.

Sangerhausen. Die Wanderausstellung für Säuglingsfürsorge findet vom 8. bis 15. Juni in der städtischen Turnhalle, Alte Promenade 4, zu Sangerhausen statt. Sie ist geöffnet täglich von morgens 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr. Der Eintritt in die Ausstellung ebenso zu den Vorträgen am Sonnabend, Dienstag und Donnerstag ist für alle Besucher der Stadt und des Kreises unentgeltlich.

Biterfeld. Zuckerpreise. Die Preise für Zucker sind von heute an wie folgt festgesetzt. Es kostet 1 Pfund Melis 42 Pf., 1 Pfund Raffinade 44 Pf., 1 Pfund Würfelzucker 46 Pf., 1 Pfund Kandis 55 Pf.

Delitzsch. Eierverkauf. Freitag 1—1200, Montag von 8—12 Uhr 1201—1800, von 2—7 Uhr 1801—2500; Dienstag von 8—12 Uhr 2501—3100, von 3—7 Uhr 3101 bis Schluß. Auf den Kopf 4 Stück.

— Fleischabgabe nur Sonnabends. Mit Rücksicht auf die Frischerhaltung des Fleisches findet von jetzt ab der Fleischverkauf regelmäßig nur Sonnabends statt, und zwar von früh 8 Uhr bis abends 7 Uhr. Die Verkaufszeiten sind von den Fleischern zu regeln. Die Behörde weiß schon, daß die Fleischmenge, die verabfolgt wird, gerade für den Sonntag, höchstens auch noch für Montag reicht. Andernfalls wäre ihre Maßnahme unverständlich, denn in den Haushalten ist das Fleisch in frischem Zustande nicht so leicht aufzubewahren, als in den Kühlanlagen des Schlachthofes.

Torgau. Festgenommener Schleichhändler. Dem Eisenbahn-Ueberwachungsbeamten J. von hier ist es gelungen, in der Nacht vom 4. zum 5. d. M. zwei berüchtigten Leipziger Wucherern, die in der Umgegend von Klitzschen aufgekauften Waren in den Zügen zwischen Klitzschen und Eilenburg zu beschlagnahmen. In Frage kommen 6 Körbe und 7 Kisten mit etwa 8 Zentner frischem Rindfleisch, 4 Zentner Weizenmehl und 1 Zentner Landbrote, die als Expreßgut von Klitzschen nach Leipzig-Hauptbahnhof befördert werden sollten. Die Waren sind von J. angehalten, nach Torgau zurückgebracht und dem Kommunalverband abgeliefert worden. Nach der Menge des Fleisches zu urteilen, müssen die Wucherer gemeinsam mit einem Landwirt ein größeres Rind heimlich abgeschlachtet haben. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Liebenwerda. Die künftige Brot- und Mehlversorgung. Durch den Kreisausschuß wird bekannt gemacht: Die käufliche Entnahme von Brot und Mehl ist nur mit der Beschränkung zulässig, daß, abgesehen von den den Schwer- und Schwerstarbeitern nach den jeweilig in Geltung befindlichen Bestimmungen zu gewährenden Zusatzmengen, auf den Kopf der Bevölkerung für jeden Tag nicht mehr als 160 Gramm Mehl entfallen. Dementsprechend wird auf den Kopf und für jede Kalenderwoche, mit Montag beginnend, gewährt: entweder 1600 Gramm Roggenbrot oder 1600 Gramm Weizenbrot (Semmeln oder Zwieback) oder 1120 Gramm Roggen- oder Weizenmehl, oder entsprechende Teilbeträge dieser Gattungen, wie sie sich aus den Abschnitten der Brotkarten (§ 3) ergeben. Für Brot werden folgende Einheitsgewichte vorgeschrieben: 1. für Roggenbrot 1600 und 3200 Gramm 2. für Weizenbrot (Semmeln) 75 Gramm. Außerdem darf Zwieback und Kuchen gebacken werden mit der Maßgabe, daß das Backen von Kuchen (einschließlich Torte) sowohl in gewerblichen Betrieben als auch in privaten Haushaltungen vom Kreisausschuß jederzeit dauernd oder zeitig verboten werden kann. Zwieback ist nach Gewicht zu verkaufen. Kuchen darf an Roggen- und Weizenmehl insgesamt nicht mehr als 10 Prozent des Kuchengewichts enthalten. Diese Bestimmung gilt ohne Unterschied für Bäckereien Konditoreien, Gast- und Schankwirtschaften, sowie aus für Privathaushalte. Bis auf weiteres werden die Höchstpreise für Brot und Mehl innerhalb des Kommunalverbandes Kreis Liebenwerda wie folgt festgesetzt: für das 1600-Gramm-Roggenbrot 50 Pf., für das 3200-Gramm-Roggenbrot 1.20 Mk., für das 75-Gramm-Weizenbrot 5 Pf., für Roggenmehl, bei Entnahme von 25 Kilogramm und darüber 26 Mark für 100 Kilogramm, bei Entnahme von weniger als 25 Kilo 42 Pf. für ein Kilogramm; für Weizenmehl: bei Entnahme von 25 Kilogramm und darüber 40 Mark für 100 Kilogramm, bei Entnahme von weniger als 25 Kilogramm 46 Pf. für ein Kilogramm.

Allerlei.

Taktlosigkeit vaterlandsparteilichen Kanzelmißbrauchs.

Was die vaterlandsparteilichen Kreise für Unfug mit ihrer Tätigkeit für die Ludendorffspende verbinden, das zeigt die J. K. an folgendem Beispiel:

Die amtliche Berlin-Wilmersdorfer Zeitung berichtet über Festzug und Festpredigt vom 2. Juni zur Ludendorffspende. Polizeipräsidium, Oberkommando und alle sonstigen Behörden nahmen daran teil. Die Festrede des Konsistorialrats Lang erwähnt mit keiner Silbe die Kriegsbeschädigten, sondern huldigt nur Hindenburg und Ludendorff. Sie gipfelt in folgendem Satze: **„Die ehrsten Reden und jämmerlichsten Worte in unseren Parlamenten werden immer wieder unschädlich gemacht vom Blitz und Donner der Taten da draußen in der Schlacht."**

Und die Festpredigt schließt mit den Worten, die an Ludendorff gerichtet sind: **„Gelobt sei Gott der Höchste, der Deine Feinde in Deine Hand gegeben hat."**

Höher geht's wirklich nicht.

Religionskrieg.

In Elberfeld ist es zu einem Streik zwischen der Kirche und den kommunalen Behörden gekommen. Hier wurde der Religionsunterricht durch Kapläne im Nebenamt erteilt, während das ergbischöfliche Ordinariat in Köln Anstellung von hauptamtlichen Religionslehrern forderte. Beschwerdeführend wandte sich das Ordinariat an das Koblenzer Provinzialschulkollegium, das die Elberfelder Schulverwaltung zum Bericht aufforderte. Diese erbat Verlängerung der vierzehntägigen Frist, aber ehe diese abgelaufen war, wurde den Geistlichen die weitere Erlaubnis zur Unterrichtserteilung untersagt, so daß es zunächst in Elberfeld keinen katholischen Unterricht mehr in den höheren Schulen gibt.

So schwingt der Kardinal das Glaubensschwert über die weltlichen Behörden, die nicht sofort Ordre parieren, selbst auf die Gefahr hin, daß junge Schafe eine Weile ohne Hirten bleiben.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Braunschweiger Nachrichten.

Bekanntmachungen des Stadtmagistrats.

Städtischer Kunsthonigverkauf. Vom Sonnabend, den 8. d. M. ab, wird in den Stadtgeschäften nach Kundenlisten auf die Lebensmittelmarke 11 je ½ Pfund Kunsthonig verteilt, der billiger als sonst abgegeben werden kann. Lose Ware kostet 62 Pfennig, Würfel (von 1 Pfund) 71 Pf. das Pfund. Auf eine bestimmte Sorte haben die Käufer kein Anrecht. Vom Donnerstag, den 13. d. M., ab wird der nicht abgeholte Kunsthonig warenfrei verkauft.

Vermischte Nachrichten.

Der Einmachezucker soll demnächst mit drei Pfund auf den Kopf zur Ausgabe gelangen. Der Zucker, der an Stelle der verkürzten Brotration gewährt werden soll, kommt jedoch erst im Juli zur Ausgabe. Er ist der Stadt noch nicht geliefert worden. In den nächsten Tagen sollen übrigens wieder 613 Zentner Kunsthonig, 573 Zentner ausländische Marmelade (in Braunschweig ausländische Marmelade!) und Speisesirup zur Verteilung gelangen.

Buntes Allerlei. Gefroren hat es in einer der vergangenen Nächte. Stellenweise sind Bohnen und Tomaten völlig erfroren. Ob sich die Bohnen wieder erholen, ist fraglich. Die Tomaten sind auf jeden Fall verloren. — Der Straßenbahnbetrieb stockte für längere Zeit infolge eines Bruches des Leitungsdrahtes am Rathaus. — Mangel der Arbeit. Eine Ausbilfskellnerin der Post wurde von dem hohen Kutschbock herabgeschleudert und schwer verletzt. Die Pferde des Postwagens waren auf der Poststraße vor einem Automobil gescheut.

Verantwortlich für Braunschweiger Nachrichten und Aus dem Herzogtum Sepp Oerter, Braunschweig.

Aus Magdeburg.

Kartoffelernte. Laut Bekanntmachung ist das Ausroden feldmäßig angebauter Kartoffeln vor dem 1. Juli verboten. Ausnahmen in besonderen Fällen kann der Magistrat (Lebensmittelamt, Kornstelle, Gr. Schulstraße 1, Zimmer 16) zulassen.

Die Wöchnerinnenfürsorge des Wohlfahrtsamtes hat seit Beginn des Krieges 3600 Frauen zu ihrer bevorstehenden Niederkunft mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Kriegerfrauen, Nichtkriegerfrauen und Mädchen, die ihrer Niederkunft entgegensehen, werden gebeten, auch jetzt wieder 8 Wochen vor ihrer Niederkunft zu melden in der Geschäftsstelle der Wöchnerinnenfürsorge, Stephansbrücke 39 I. Anmeldezeit wochentags von 10 bis 12 Uhr.

Braunschweig.

Konzerthaus Walhalla.
Schuhstrasse 30/31. Telephon 1478.
Täglich: *30
Grosse Künstler-Konzerte
der ganz besonders verstärkten Hauskapelle.
Anfang: Wochentags 6 Uhr.
Sonntags 11½—1 Uhr, 3—7½ Uhr, 8—11 Uhr.

W. Ludwig, Sonnenstr. 21.
Haus- und Küchengeräte
zu niedrigsten Preisen. *31
Grosse Auswahl in: **Beleuchtungsgegenständen**
für Elektrisch und Gas.
Reelle Bedienung. Reelle Bedienung.

Wo ist es gemütlich?
Im Ulrici, Sack 21.
Sonnabends und Sonntags:
Konzert.
Diverse gutgepflegte Biere sowie Kaffee mit Torte.
Es laden freundlichst ein *982
Otto Bense.

Restaurant *29
„Fürstenhof"
Bringe meine Räumlichkeiten in empfehlende Erinnerung.
Angenehmer Familien-Aufenthalt.
Friedrich Franke.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191806 07-18/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis.

Halle, den 7. Juni 1918.

Für die Südlinie des Mittellandkanals.

Wir haben bereits am Mittwoch berichtet, daß auf Veranlassung des Magistrats, der Handelskammer und des Verkehrsvereins von Halle hier im Auditorium der Universität Veranstaltungen zur Propaganda für die Südlinie des Mittellandkanals, einschließlich der Kanalisierung von Saale und Elster, stattgefunden und Beschluß in diesem Sinne gefaßt haben. Wir versprachen, darauf zurückkommen zu wollen und holen heute nach, was uns die Raumschwierigkeiten bisher unmöglich machten; das wesentlichste aus den Ausführungen der Referenten wiederzugeben.

Zuerst sprach in der Nachmittagsveranstaltung Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann. Er führte aus, wenn es gelte, den bis Hannover vollendeten Mittellandkanal bis zur Elbe und damit zum Wasserstraßennetz des Ostens zu vollenden, so kämen drei Projekte in Betracht: 1. die Durchgangslinie Hannover-Oebisfelde—Genthin, 2. die Südlinie Hannover—Braunschweig— Aschersleben mit Stichkanal nach Halberstadt und Gabelung nach Magdeburg und Bernburg und 3. die Vermittlungslinie Hannover—nördlich Braunschweig—Oebisfelde —Magdeburg mit Abzweigung von Magdeburg nach Bernburg und Stichkanal nach Halberstadt. Die entscheidende Frage steht jetzt so: Soll auf kürzestem Wege eine Linie für den Durchgangsverkehr von Westfalen nach Berlin gebaut werden oder soll zur Erhöhung der Rentabilität und zur industriellen Förderung bestimmter Gebiete Mitteldeutschlands mit in das große Wasserstraßennetz mit eingezogen werden? Die Südlinie hat hier alle Vorteile für sich. Der Umweg und die Gabelung zur Elbe und Saale sind zwar Nachteile, aber die Linie würde das mitteldeutsche Braunkohlengebiet mit einem Anteil von 50 Prozent der Gesamtproduktion an Braunkohle und die Kali- und Erzförderung erschließen. Die Freunde der Südlinie verhalten sich der Nordlinie gegenüber durchaus nicht ablehnend; nur meinen sie, diese solle erst in zweiter Linie gebaut werden, wenn die Südlinie nicht mehr ausreicht. Wenn Talsperren im Harz, in die Oker und Bode eingebaut werden müssen, so gewänne man damit zugleich eine ungeheure Quelle elektrischer Energie, mindestens 12 000 Pferdekräfte. Besonders beachtenswert ist das Projekt des Verbindungskanals Oschersleben (Bode) nach Bernburg (Saale) mit anschließender Saale- und Elsterkanalisierung, wodurch ein großzügiger Wasserweg aus dem Norden der Provinz Sachsen bis nach Leipzig geschaffen und damit überaus entwicklungsreiche Industriegebiete erschlossen würden.

An Hand von Lichtbildern erläuterte sodann Herr Dr. Wachler die einzelnen Projekte. Herr Kaufmann Manschewitz erklärte für die Handelskammer, daß sie sich jetzt mit aller Energie für die Durchführung der Südlinie einsetzen wolle. Die Saale müsse zu einem Großschiffahrtswege ausgestaltet werden.

Abends sprach zunächst Herr Stadtbaurat Lammers über den Lauf und die Wasserverhältnisse der Saale. Bisher sei die Regulierung der Saale nicht gleichmäßig, der Wasserstand für die rationelle Schiffahrt mit vollen Kähnen oft zu knapp. Der Fluß trägt bei gutem Wasserstand nur 400-Tonnen-Kähne, bei geringerem jedoch nur 200 Tonnen. Leipzig habe ein großes Interesse an der Saalekanalisierung.

Wie diese geplant ist, das veranschaulichte im Schlußvortrage dann Herr Dr. Wachler. Die Verbindung Staßfurt—Bernburg zur Saale und deren Kanalisierung für den Verkehr von 600- bis 1000-Tonnen-Schiffen sei zweckmäßig sogleich mit der Südlinie zu bauen. Leipzig strebe bekanntlich schon lange einen Wasseranschluß an. Früher oder später wird dieser Gedanke durchgeführt, ein Kanal wird gebaut werden, sei es nun nach der Saale, Mulde oder direkt nach der Elbe. Jedenfalls liege es aber im allgemeinen Interesse, daß diese Wasserfrage gemeinschaftlich für die beiden benachbarten Städte Halle und Leipzig gelöst wird. Für Halle aber ist es vom Vorteil, daß der Leipziger Schiffahrtsverkehr durch Halle geht, wegen der Mitnutzung der Schiffslinien. Es ergibt sich so zweifellos die Möglichkeit öfterer schneller Verbindung. Zu diesen Vorzügen kommt noch die weitere Anschlußmöglichkeit. Daß Wasseranschluß erstrebt wird von Weißenfels und Naumburg, ist bekannt, ja die Stadt Erfurt bemüht sich um Wasserverbindung mit der Saale und sogar Stadt Bamberg hat einen diesbezüglichen Antrag gestellt.

Die Nordlinie nimmt Staßfurt und Halberstadt und auch den zuletzt genannten Orten jede Möglichkeit des Kanalanschlusses, denn ein Parallelkanal von Norden nach Süden, der die ganze Provinz Sachsen der Länge nach durchquert, würde zu große Kosten machen und nicht ausgeführt werden. Die Nordlinie bevorzugt auch das durch seine Lage an der Großschiffahrtsstraße ohnehin günstig gelegene Magdeburg. Wird die Südlinie gebaut, so ist für Halle die sichere Aussicht auf vollwertigen Anschluß gegeben. Das Streben für Stadt und Bezirk Halle muß deshalb dahin gehen, vollwertigen Wasseranschluß zu erhalten. Halle kann nur für eine Mittellandkanallinie eintreten, die ihr die Aussicht bietet, diesen Wasseranschluß zu erhalten. Solche gute Aussicht bietet aber nur die Südlinie. Ja, wenn die Nordlinie gebaut wird, fällt nicht nur diese günstige Entwicklungsmöglichkeit für Halle fort, sondern Halle kommt in Rückstand. Wenn auch bei dem Bau der Nordlinie die jetzige Saale nicht schlechter wird, so wird doch die geschäftliche Spannung zwischen Magdeburg und Halle größer werden, als sie jetzt ist. Das wirtschaftliche Leben verbessert sich zugunsten von Magdeburg und verschlechtert sich dadurch für Halle. Hoffen wir, daß es gelingt, unsere alte gute Saale davor zu bewahren, daß sie gegenüber den anderen Wasserstraßen zurückgestellt wird. Möge es vielmehr erreicht werden, daß die Saale als Wasserstraße ebenbürtig den natürlichen wie künstlichen deutschen Wasserstraßen zur Seite gestellt wird. Dies wird mit dem Bau der Südlinie sicherlich zum Wohle des Staates ausschlagen, aber auch zum Wohle der Provinz Sachsen; nicht nur weil der südliche Teil dieser Provinz derjenige ist, der bergbaulich und industriell des Wasser-Anschlusses bedarf und den Kanal von vornherein wirtschaftlich macht, sondern insbesondere wegen der Anschlußmöglichkeiten für die Zukunft.

•

Den Zeitungen waren durch den Verkehrsverein freundlicherweise Druckplatten zur Verfügung gestellt worden, auf denen die Linienführung der einzelnen vorgeschlagenen Kanalprojekte veranschaulicht werden sollte. Auch dem Volksblatt wurde der Abdruck dieser Platte gestattet. Wir haben davon Abstand genommen. Nicht, weil wir dem Kanalprojekt, insbesondere dem in Rede stehenden Projekt der Südlinie nicht sympathisch gegenüberständen — diese Bemühungen zur Verbesserung und Modernisierung des Verkehrs und zur Einbeziehung von Halle und seinem Hinterland in das große Wasserstraßennetz unterstützen wir gern. Aber die Karte war uns nicht anschaulich genug, was wohl auf die fast unleserlich kleine Schrift der Ortsnamen zurückzuführen ist. Die Drucklegung dieser unbeutlichen Karte erschien uns aber auch aus dem Grunde nicht angebracht, weil die Einzeichnung der projektierten Wasserstraßen bei Bernburg aufhörte, Halle und Leipzig überhaupt nicht auf der Karte verzeichnet waren. Das Bedürfnis für Halle und sein Hinterland fehlte also. Wir denken, daß die Kreise, die die Propaganda für die Südlinie übernommen haben, unbedingt dem Plane rätseln zu veröffentlichen, auf der Zeichnung des projektierten Kanalnetzes zu veröffentlichen, auf der die Lage der Stadt Halle zum Ganzen und der Wert der Saale- und Elsterkanalisierung veranschaulicht wird.

Für die Verbesserung der Krankenkassen.

Die Versichertenvertreter in den hallischen Krankenkassen hielten am 5. Juni eine Versammlung im Volkspark ab. Die Einladung dazu war vom Gewerkschaftskartell ausgegangen. Den Anlaß gab die große Mißständnisheit, die viele der Betriebs- und Innungs-Krankenkassen noch besitzen. Zunächst hielt Arbeitersekretär Kleeis einen Vortrag über die Krankenversicherung in der Kriegszeit, insbesondere die Erhöhung der Grundlöhne und die Gewährung von Teuerungszulagen zum Krankengeld. Einleitend wies er auf die gewaltige Bedeutung der Sozialversicherung, besonders der Krankenversicherung hin. Man könne schätzen, daß etwa 40 Millionen Deutsche im Falle einer Erkrankung Ansprüche an eine Krankenkasse haben. Etwa eine Million Personen seien beruflich oder ehrenamtlich mit der Durchführung der Sozialversicherung beschäftigt. Nach Ausbruch des Krieges mußte namentlich die Krankenversicherung auf die Kriegsverhältnisse zugeschnitten werden. Einige Verordnungen sind inzwischen erschienen, welche die Reichsversicherungsordnung ergänzen oder umgestalten. Redner ging dann auf den wesentlichen Inhalt dieser Verordnungen ein. Von Bedeutung sei z. B. die Reichswochenhilfe. Weiter können die aus dem Heeresdienst Entlassenen innerhalb sechs Wochen der Krankenkasse wieder beitreten, der sie vorher angehörten. Sie haben auch sofort Anspruch an diese, wenn sie krank sein sollten. Die Einberufenen können die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse ebenfalls freiwillig fortsetzen. Sie haben dann im Falle einer Verwundung (Aufenthalt im Lazarett) Anspruch auf Krankengeld. Die Neuwahlen auf Grund der Reichsversicherungsordnung sind zwar bis nach Beendigung des Krieges verschoben worden, doch hat das keinen Einfluß auf etwa notwendige Ergänzungswahlen. Die Organe der Krankenkassen müssen z. B. immer vollzählig sein; treten Lücken ein, so müssen Ersatzvertreter durch Nachwahlen beschafft werden. Redner erörterte dann besonders die Erhöhung der Grundlöhne aus Anlaß der Bundesratsverordnung vom 22. November 1918. Nur wenige Kassen von den in Halle bestehenden 28 hätten bis jetzt davon Gebrauch gemacht. Hierin liegt eine große Benachteiligung der Versicherten. Die Gewährung von Teuerungszulagen zum Krankengeld besitzt außer der Ortskrankenkasse überhaupt nur noch eine Kasse. Zum Schluß besprach Redner die Dringlichkeit der Familienhilfe (ärztliche Hilfe und Heilmittel für die Angehörigen der Versicherten), die leider an dem Widerstand der Ärzte scheitert.

In der Aussprache berichtet ein Vertreter der Betriebskrankenkasse der Hallischen Maschinenfabrik über die Satzungsänderung dieser Kasse. Es seien die Grundlöhne erhöht worden; das Krankengeld betrage zwei Drittel des Grundlohnes. Die Teuerungszulage komme jedoch in Wegfall. Von anderer Seite werden die mangelhaften Einrichtungen der Bäcker-Innungskrankenkasse beleuchtet, bei der ein erwachsener und verheirateter Geselle täglich 1,67 Mk. Krankengeld erhalte. Gewerkschaftssekretär Schnabel kommt auf die nötige Zentralisation der Krankenkassen in Halle zu sprechen. — Eine Anregung aus der Versammlung geht dahin, einen ständigen Ausschuß aus Vertretern der verschiedenen Kassen zu gründen, der gemeinsame Angelegenheiten bearbeitet. Dem Vorschlag soll nach Kriegsende nähergetreten werden. Nach weiterer Aussprache schließt der Vorsitzende Strehler die Sitzung mit dem Wunsche, den gehörten Anregungen durch die einzelnen Kassen zu entsprechen. Anwesend waren Vertreter von zehn verschiedenen Krankenkassen.

---

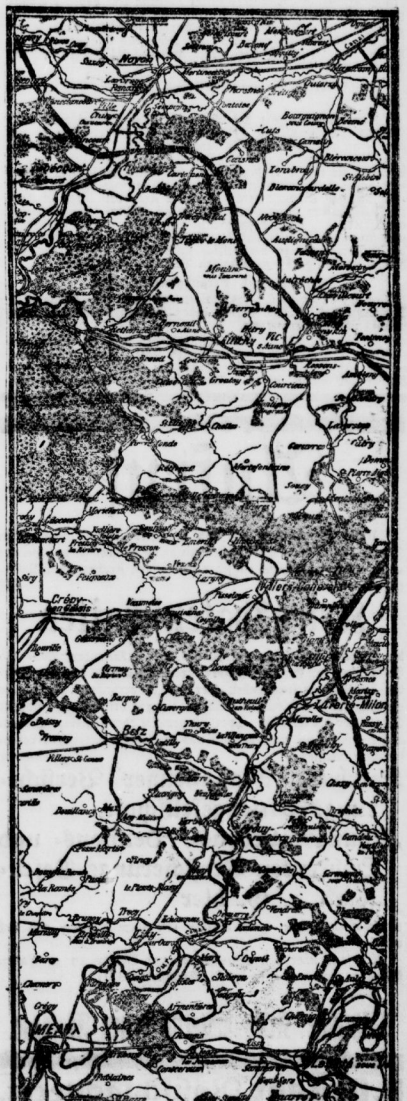
* Zur Lohnbewegung der gastwirtschaftlichen Angestellten. Vom Ortsausschuß der Arbeitsgemeinschaft der gastwirtschaftlichen Angestelltenverbände und -Vereine war für Donnerstag nachmittag eine allgemeine Kellnerversammlung im Augustinerbräu einberufen, in welcher der Verlauf der Lohnbewegung besprochen und weitere Maßnahmen beschlossen werden sollten. Die Arbeitsgemeinschaft hielt die Angelegenheit für viel zu wichtig, um allein darüber zu beschließen, und wollte die Meinung der Allgemeinheit hören. Die Versammlung war sehr gut besucht, besonders erfreulich war die zahlreiche Beteiligung der Kellnerinnen, welche entschlossen sind, für ihre männlichen Kollegen mit einzutreten. Es wurde durch Schriftwechsel nachgewiesen, daß bereits seit Februar mit den Gastwirtevereinen Verhandlungen angebahnt sind, welche aber trotz aller Versprechungen resultatlos verliefen. Alle Redner waren darin einig, daß es sich die Gastwirte selbst zuzuschreiben haben, wenn nun zum äußersten Mittel gegriffen werden muß. Nach langer Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen. Die heute stattfindende allgemeine Kellnerversammlung erkennt die Notwendigkeit an, in der Lohnbewegung schärfere Maßnahmen zu ergreifen und erklärt, vom Sonntag, den 9. Juni, an nur in den Lokalen zu arbeiten, in welchen für Aushilfsarbeiten der neue Tarif anerkannt und durchgeführt wird. Kollegen, von denen bekannt wird, daß sie unter diesem Tarif arbeiten, werden von den Arbeitsnachweisen ausgeschlossen. Gegen Vereinsmitglieder wird außerdem bei ihren Vereinen das Ausschlußverfahren beantragt werden. Die Versammlung erklärt sich auch mit den Feriangestellten solidarisch und soll Sorge getragen werden, daß die Gastwirte auch diesen Tarif anerkennen und durchführen.

* Reichlich mit Brennstoffen eingedeckt hat sich ein im Hause Liebenauer Straße 1 wohnender Ingenieur der Riebeck-Montanwerke. Am Freitag voriger Woche wurden ihm zwei zweispännige Fuhren Briketts zugeführt. Weiß die Ortskohlenstelle davon? Wenn nicht, möchte sie wohl Liebenauer Straße 1 mal nach dem Rechten sehen lassen?

* Kriegspatenschaft. Uns wird von der städtischen Kriegshinterbliebenen-Fürsorge geschrieben: Die städtische Kriegshinterbliebenen-Fürsorge hat vor kurzem die Kriegspatenschaft auch in Halle eingeführt. Ihr Ziel ist, in erster Linie den bedürftigen Kriegerwaisen die väterliche oder auch mütterliche Fürsorge zu ersetzen als ein Zeichen der Dankbarkeit gegen die auf dem Felde der Ehre Gefallenen. Weiter bezweckt sie aber, für den späteren Eintritt in das bürgerliche Leben ein kleineres Ausbildungskapital sicherzustellen, das dem Kriegerkinde die Erlernung eines geeigneten Berufes ermöglicht, sein Hinabgleiten auf eine tiefere soziale Schicht, als diejenige des Vaters war, verhütet und so dazu beiträgt, dem Vaterlande tüchtige, gesunde und frohe Bürger zu erziehen. Die Uebernahme der persönlichen und finanziellen Fürsorge für das Kind seitens des Kriegspaten ist zweifellos die idealste Form der Kriegspatenschaft und die Annahme an Kindesstatt die idealste, aber diese Formen sind aus mancherlei Gründen nur selten möglich. Wohl aber sind zahlreiche Privatpersonen, namentlich aber auch Arbeitgeber, Berufsvereine und andere Vereine, denen der Gefallene nahe stand, in der Lage, die finanzielle Sorge für die Zukunft seiner Kriegerkinder in obigem Sinne zu übernehmen. Dies kann im wesentlichen in zwei Formen geschehen. Entweder zahlt der Kriegspate beim Kriegshinterbliebenen-Fürsorgeamt eine einmalige Summe von 200, 300 Mk. oder mehr ein, die zugunsten des Kindes in einem Sparbuche oder in Kriegsanleihe angelegt und in der Regel bei der Schulentlassung mit den aufgelaufenen Zinsen ausgezahlt werden, oder aber, wenn nur wiederholte kleinere Beiträge in Frage kommen, schließt der Pate eine Kriegspatenschaftsversicherung ab. Auch diese Form der Kriegspatenschaft bietet durch die geringen Teilzahlungen und die bequeme regelmäßige Erhebung der Beiträge durch die Organe der Versicherungsgesellschaften mancherlei Vorteile. Zwei Gesellschaften haben erhebliche Vergünstigungen zugunsten der versicherten Kinder unter des Fürsorgeamtes gewährt, namentlich auch in bezug auf die Verfügung vorzeitigen Verfalles der Versicherung. Dem Amt steht ein weitgehendes Ueberwachungsrecht und Einfluß auf die Geschäftsgebarung zu. Die Versicherungsscheine werden dem Fürsorgeamt ausgehändigt, welchem der Kriegspate alle Ansprüche aus der Versicherung abtritt. Das Fürsorgeamt verteilt in der Regel allein die zu berücksichtigenden Kinder auf die Kriegspaten und verfügt später nach seinem pflichtmäßigen Ermessen über die Auszahlung des Kapitals, jedoch wird in beiden Fällen selbstverständlich den begründeten Wünschen des Kriegspaten Rechnung getragen werden. Die Versicherung soll in der Hauptsache den während des Krieges geborenen Kindern zugute kommen. Für Kinder, die älter als fünf Jahre schon sind, wird in der Regel die Eingahlung auf Sparbücher bevorzugt. Uneheliche Kinder und Kinder aus kinderreichen Familien werden vorzugsweise berücksichtigt werden. Endlich sollen Kriegspaten mit einmaligen Eingahlungen oder mit Versicherungen nicht nur für Kriegerwaisen, sondern nach Bedarf auch für Kinder von kriegsbeschädigten oder sonst lebdlich bedürftigen Kriegsteilnehmern geworben werden. Wer persönliche Fürsorge nicht wünscht, kann diese dem Kriegshinterbliebenen-Fürsorgeamt überlassen, welches jederzeit auch Rat und Auskunft gern erteilt. Kapitalien usw. entgegennimmt. Etwaige Spenden und Gaben sind nur an das Kriegshinterbliebenen-Fürsorgeamt, Kleine Steinstraße 8, I. zu leiten. Auf den im Anzeigenteile dieser Zeitung enthaltenen Aufruf wird hingewiesen.

* Schirme, Stöcke, Damenhandtaschen Gegenstände des täglichen Bedarfs. Wie die Mitt. f. Preisprüfungsstellen schreiben, ist die Frage, ob Schirme zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu zählen sind, nach Ansicht der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts ohne weiteres zu bejahen. Schirme dienen in allen Kreisen der Bevölkerung zum Schutze des Körpers und der Kleidung gegen Witterungseinflüsse und werden als ein Teil der Bekleidung überhaupt anzusehen sein. Auch Spazierstöcke werden zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gerechnet, zumal heute zahlreiche Kriegsbeschädigte ständig Stöcke für ihre sichere Fortbewegung benötigen. Ebenso bedienen sich gegenwärtig Kranke und schwache Personen in größerem Umfange der Stöcke. Damenhandtaschen sind ebenfalls zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu rechnen. Ihr Gebrauch ist so allgemein, daß der größte Teil der Frauenkleider darauf eingerichtet ist, d. h., daß diesen die Kleidertaschen fehlen. Infolgedessen sind Handtaschen als unerläßlich für die weibliche Bevölkerung anzusehen und fallen dementsprechend auch unter den Begriff des täglichen Bedarfs.

* Obstmus nicht in verzinkten Eisenkesseln einkochen. Es ist vielfach beobachtet worden, daß beim Einkochen von Obst in verzinkten Eisenkesseln, vornehmlich in schadhaften durch die Oxidation des Zuntüberzuges die Bildung von Obstsäuren und Zinksalzen hervorgerufen wird. Durch diese Zinksalze wird das Obstmus vergiftet und für die menschliche Ernährung (übrigens auch für die tierische) unbrauchbar. Da in vielen Gegenden Deutschlands die Bevölkerung nach der Beschlagnahme der Kupfer- und Messingkessel zu der Verwendung verzinkter Eisenkessel beim Einkochen des Obstmuses übergegangen



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191806 07-18/fragment/page=0007

ist, sei hiermit erneut auf die großen Gefahren hingewiesen und dringend davor gewarnt, verzinkte Eisenkessel zu benutzen. Es haben sich leider vielfach Gesundheitsschädigungen durch die hier geschilderte Unsitte eingestellt.

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Das Männerchorkonzert der vereinigten Hallischen Gesangvereine in Pad Wittekind gestern abend hatte sich eines außerordentlich starken Zuspruchs zu erfreuen. Mit dieser Veranstaltung hat die Bundeswoche entschieden den größten finanziellen Erfolg. Es war aber tatsächlich auch ein Genuß erlesener Art, diese Fülle und Rundung der Töne in sich aufzunehmen, die von dem weit über hundert Kehlen betragenden Chöre hervorgerufen wurden. Da war kein Strecken und Dehnen, das über vorhandene Mittel hinausging, überall herrschte gefälliger Wohlklang. Daß hinter dieser prächtigen stimmlichen Machtvollkommenheit auch viel des Empfindens und geistige Bedeutung standen, dafür hatte Konservatoriumsdirektor Bruno Hendrich vorzüglich gesorgt. Die Vortragsfolge umfaßte hauptsächlich Volkslieder. Fischer, Kramer, Bewalter, Adam, Schubert und Mendelssohn waren die Komponisten, die aus dem Reichtum ihrer Schöpfungen musikalische Kostbarkeiten beigesteuert hatten. Der Isis und Osiris-Chor aus Mozarts Zauberflöte, die Hymnen von Beethoven und zwei Gesänge aus den Niedersächsischen Volksliedern, bearbeitet von Kremser, wurden mit Orchesterbegleitung geboten. Allen diesen Gesängen wurde eine fein abgeschliffene Wiedergabe bereitet, so daß die zahlreiche Zuhörerschaft stürmischen Beifall spendete und mehrere Zugaben forderte. Den Abend eröffnete eine Aufführung von Wagners Meistersinger-Vorspiel, diesem Musterbeispiel polyphonen Satzes. Webers Freischütz-Ouvertüre, das Vorspiel des dritten Aktes aus der Oper Frieden und die ländliche Hochzeitsmusik aus der Oper Amen, beide Werke bekanntlich von Bruno Hendrich komponiert, fanden durch das Theater-Orchester eine vortreffliche Wiedergabe. Der Straußische Walzer An der schönen blauen Donau beschloß den an künstlerischen Genüssen reichen Abend.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, findet eine Aufführung der Förster-Christel statt. Sonnabend, den 8., wird Verdis Troubadour wiederholt. Sonntag, den 9., nachmittags 3½ Uhr Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen König für einen Tag, komische Oper von Adam, abends 7½ Uhr Die Rose von Stambul. Montag, den 10., Die Fledermaus, Operette von Joh. Strauß.

* **Goethe-Theater in Lauchstedt.** Am Sonntag, den 9. Juni, findet im Goethe-Theater zu Lauchstedt unter gütiger Bewilligung der Landeshauptmannschaft ein Gastspiel von Mitgliedern des Hallischen Stadttheaters unter Leitung von Leopold Sachse statt. Der Reinertrag der Aufführung wird dem Nationalen Frauendienst Halle überwiesen. Karten zu dieser Aufführung sind von nächster Woche an an der Kasse des Stadttheaters zu haben. Die Vorstellung beginnt nachmittags 4½ Uhr und dauert bis 6½ Uhr.

* **Die städtische Rechtsauskunftsstelle** bleibt bis auf weiteres geschlossen.

* **Kein Schwein mit dem Schwein.** Die Polizei teilt mit: Gestern früh wurden in der Trotbaer Straße ein Mann und eine Frau angehalten, die in verdächtiger Weise einen schweren Gesetzsack trugen. Ueber den Inhalt des Sackes befragt, verwickelten sie sich in Widersprüche. Es stellte sich schließlich heraus, daß sich in dem Sacke ein etwa ein Zentner schweres frisch geschlachtetes Schwein befand, das die Frau von ihren in Trotzig wohnhaften Eltern erhalten haben wollte. Da aber von den Eltern der Frau kurz darauf ein Polizeibund angefordert und angegeben wurde, daß das Schwein gestohlen worden und die Schwiegertochter vermutlich mitbeteiligt sei, wurden die beiden in Leipzig wohnhaften Personen eingeliefert.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen.

Im Volkspark veranstalten morgen die Humoristen Stummer und Müller wieder einen Bunten Abend mit vollständig neuem Programm.

Thaliatheater. Am Sonntag, den 9. d. M., findet ein Gastspiel des Stadttheater-Personals statt. Zur Aufführung kommt das Lustspiel: Meine Frau, die Hofschauspielerin von Möller und Sachs unter der Spielleitung von Adalbert Krimat.

Wettin. Die Stadtverordneten beschlossen die Anschaffung eines Zählautomaten zur Kontrolle des Personenverkehrs auf der Pontonbrücke. Die Wochenkarten sollen in Fortfall kommen. Die Kirschennutzung verbleibt in städtischer Regie. Beim Verkauf an die Einwohnerschaft kostet das Pfund 20 Pf. Die Frühbirnen- und Sauerkirschennutzung soll verpachtet werden, aber unter der Bedingung, daß der Ertrag nur an die hiesige Einwohnerschaft verkauft wird.

— Ein schweres Unglück ereignete sich Sonnabend auf Kaliwerk Johannshall. Bei einer Aetherexplosion erlitten die Schlosserlehrlinge Schierjott und Wiebach von hier schwere Brandwunden. Einer der Verunglückten verstarb bereits auf dem Transport zum Bergmannstrost in Halle.

Stadt-Theater.

Die Stützen der Gesellschaft, Schauspiel in vier Akten von Ibsen. „Freiheit und Wahrheit, das sind die Stützen der Gesellschaft!" So ruft Lona Hessel ihrem sauberen Schwager, dem Konsul Bernick, zu. „Freiheit und Wahrheit — davon ist freilich in der Gesellschaft, die Ibsen uns schildert, wenig zu merken. Höchstens die sozialistische Freiheit der Ausbeutung gilt. Wer gewissenlos das Glück anderer vernichtet, über sie hinweschreitet, sie zu Boden tritt, der bringt es zu etwas, der wird eine „Stütze der Gesellschaft". Wer aber den Mut der Wahrheit hat, der eigenen Ueberzeugung, der wird gesteinigt, wenn diese Ueberzeugungen der Gesellschaft und die Wahrheiten ihren Stützen unbequem sind. Selbst vor den erbärmlichsten Gemeinheiten scheuen die Stützen nicht zurück. Lüge, Heuchelei und Schein ist ihr ganzes Dasein. Rücksichtslos opfern sie gar Menschenleben, wenn das ihren Plänen förderlich ist. Ein Schiff, von dem der Konsul genau weiß, daß es nicht seetüchtig mehr ist und beim ersten Sturm dem Meere zum Opfer fallen muß, wird hinausgeschickt. Da werden die warnenden Worte des sachverständigen Schiffsbaumeisters in den Wind geschlagen, mit der Peitsche der Entlassung wird ihm seine „Pflicht" eingebläut. Was steht denn auf dem Spiel? Außer den Menschenleben, die zugrunde gehen sollen, nichts. Das Schiff ist ja hoch versichert und beim Verlust gibt's die hohe Prämie.

Solche Typen zeigt uns Ibsen in seinen „Stützen". Das Drama, 1877 entstanden, ist eine furchtbare Anklage gegen die kapitalistische Gesellschaft, auf deren Sumpfboden gern Leute gedeihen, die immertort Moral und Wohlanständigkeit im Munde führen, die bei Lichte besehen, aber doch nichts anderes sind, als erbärmliche Egoisten, Figlinge und Schmarotzer.

Er ist klar, daß die sozialistische Kritik an der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft dieses Stück eigentlich veranlaßt hat. Aber sozialistisch ist es nicht. Deshalb findet auch der sozialistische Zuschauer, wenn sich der Vorhang geschlossen hat, keine rechte Lösung des ganzen Konflikts. Er begreift nicht, daß an Stelle der Lüge, auf die die Gesellschaft sich bisher stützte, einfach und unvermittelt Freiheit und Wahrheit zu Stützen der Gesellschaft gemacht werden sollen, wenn zwei Menschen diese Grundsätze proklamieren. Ein Kapitalist, wie der Konsul Bernick, wird aber in seiner Gesellschaft unmöglich sein, sobald er diese Gesellschaft der Lüge zerbricht und ernsthaft für Freiheit und Wahrheit eintritt. Gerade der Krieg mit seinem Abgrunden kapitalistischer Rücksichtslosigkeit im Profitmachen durch den Wucher und vor allem die Furcht der herrschenden Gesellschaft vor der Freiheit und Wahrheit (die man natürlich nur in den Ländern des Feindes antrifft), beweisen das aufs deutlichste.

Wahrheit und Freiheit — das sind die Wege, die der große nordische Dichter uns zeigt als Erlösung aus dem Sumpf. Sie müssen gegangen werden. Aber dazu bedarf es der Schaffung eines besseren Grundes. Dieser Aufgabe wollen wir uns als Sozialisten widmen, das muß unsere heilige Pflicht sein nach wie vor, über Ibsen hinaus . . .

Man kann Herrn Dir. Sachse dankbar sein, daß er das Stück noch heraus brachte. Leider sind durch Ueberarbeitung abgespannte Schauspielkräfte kein günstiges Moment für Ibsen-Aufführungen. Die Vorstellung war gewiß abgerundet und deshalb anzuerkennen. Aber es fehlte das Psychologische, das gerade bei Ibsen besonders stark ist. Die treibenden Kräfte müssen deutlicher zu spüren sein. Der Schluß des zweiten und des dritten Akts, die dramatischen Höhepunkte des Stückes, kamen deshalb zu unvermittelt. Trotz dieser allgemein geltenden Einschränkung ist Karl Fittigs Konsul Bernick als achtbare künstlerische Leistung einzuschätzen, und man kann den Begabung dieses Künstlers nur immer wieder bedauern. Der Johann von Adolf Rebbach war eindrucksvoll, nur einige Sprachfehler störten. Ein wenig zu „amerikanisch" hatte Olga Biedermann die Lona Hessel angelegt. Das Prinzip der Freiheit und Wahrheit ist eine Sache, die den inneren Menschen angeht. Eindrucksvoll glaubhaft und würdig gestaltete Ludwig Naffon, der auch die Regie führte, den alten Schiffsbauer Auler. Die übrigen Darsteller fügten sich nach Kräften in den Rahmen der Aufführung, die lebhaften Beifall fand.

Allerlei.

Schutzleute als Massseneinbrecher. Hamburg, 6. Juni. Wegen gemeinschaftlichen schweren, einfachen Diebstahls verurteilte das Hamburger Landgericht den Schutzmann Suchow zu fünf Jahren Zuchthaus, den Schutzmann Meiken zu vier Jahren Zuchthaus und den Möbeltransportarbeiter Lindigkeit zu 15 Monaten Gefängnis. Das Kleeblatt hat im Bezirk Hohenfelde, in dem die Schutzleute bedienstet waren, nachgewiesenermaßen 19 Einbruchsdiebstähle ausgeführt und Gebrauchsgegenstände im Werte von tielen tausend Mark entwendet.

Ein nobler Bahnhofswirt. Aus Merdau i. S. wird berichtet: Der Urkundenfälschung und des Betrugs angeklagt war der hiesige Bahnhofswirt Haake. Er hatte, um seine Kellner zur Ablieferung größerer Geldbeträge als die wirklich vereinnahmten zu veranlassen, im Dezember vorigen Jahres mehrmals täglich vor Beginn der Geschäftszeit die Registrierkasse falsch eingestellt, so daß diese auf den Kontrollstreifen höhere Beträge anzeigte, als die Kellner in der Tat zu zahlen hatten. Dadurch schädigte er diese um Beträge von jedesmal 50 Pf., 1 Mk. und 1,50 Mk. Haake leugnete zwar, das Zwickauer Landgericht hielt ihn aber auf Grund einer mehrstündigen Beweisaufnahme für schuldig und verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis.

Buche oder Kastanie? Zwei Männer saßen unter einem großen Baum an der Krummen Lanke und genossen die Natur. Auf einmal geraten sie in Streit und zankten. Dazu entlockten sie ihren Fünfgroschen-Zigarren große Dampfwolken. Ein Wanderer war stehen geblieben und lauschte ihren Worten. „Buche oder Kastanie?" war das Kampfthema. Die Streitenden wurden hitzig.

Da trat der Fremde auf die Männer zu und sagte sanft: „Entschuldigen Sie gütigst, aber der Baum, unter dem Sie sitzen, ist weder eine Buche, noch eine Kastanie, sondern eine Erle!"

„Oller Dussel!" brummte unhöflich der eine der Streitenden. Der andere aber sagte: „Schon jut, wir meenen aber nich die Bäume, sondern wat wir rochen!" (IIII.)

Briefkasten der Redaktion.

M. W., Bitterfeld. Eine Verpflichtung des Arbeitgebers, die Baubude und seinen Inhalt gegen Feuer zu versichern, besteht nicht. Für Brandschaden an Sachen der Arbeiter ist er nur haftbar, wenn ihm dabei eine Schuld oder Fahrlässigkeit nachgewiesen wird.

Landsturmmann Ammendorf. Vorläufig ist nur die Entlassung der 1869 geborenen Landsturmleute angeordnet. Ob und wann auch die 1870 und später geborenen noch dazu kommen, ist uns nicht bekannt.

E. D. 1000. In der Stadt Halle soll eine alleinstehende Kriegerfrau im Monat 52 Mark Unterstützung und 8 Mark Mietzulage, zusammen 60 Mark, erhalten. Ist die Bedürftigkeit nicht in vollem Umfange vorhanden, (weil z. B. die Frau Arbeitsverdienst erzielt usw.) können Abzüge eintreten.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Sonnabend, den 8. Juni: Ziemlich heiter, warm, Gewitterneigung.

Aufruf.

Unter Bezugnahme auf den in dieser Zeitung abgedruckten Artikel „Kriegspatenschaft" richten wir an die Einwohner und Vereine unserer Stadt die Bitte, ein jeder nach seinen Kräften durch Uebernahme von 818

Kriegspatenschaften

den Kindern bedürftiger Kriegsteilnehmer, insbesondere Voll- und Halbwaisen, **zur Erlernung eines ihren Fähigkeiten und Familienverhältnissen entsprechenden Berufes** zu verhelfen. Es können einmalige oder regelmäßige Geldeinzahlungen bei uns auf gesperrte Sparbücher der städtischen Sparkasse gemacht oder abgekürzte Lebensversicherungen bei einer der mit uns in Arbeitsgemeinschaft stehenden Gesellschaften

Hamburg-Mannheimer Versicherungs-Aktiengesellschaft,
„Iduna", Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft a. G. hier

abgeschlossen werden, deren Werber mit einem Ausweis von uns versehen sind.

Auskunft über alle Einzelheiten, auch Meldungen zu Patenstellen in unserer Amtsstelle, Kl. Steinstraße 8 III.

Halle, den 31. Mai 1918.

Städtische Kriegshinterbliebenen-Fürsorge.

H. Quandt, Roßschlächterei,
Sonnabend vorm.: Nr. 401 bis 700. 1963

Kaffeebrenner
bestes Fabrikat, in verschiedenen Ausführungen. 846
Burghardt & Becher.

S. Weiss, Halle,

Am Markt. Leipzigerstr. 105/106. Am Markt.
Telephon 6917.

„Mass-Abteilung"

Anfertigung moderner Herren-Bekleidung. Bei Selbstlieferung von Stoffen auch Anfertigung von Maßgarderobe unter Garantie, guter Paßform u. prima Zutaten.

Veranlaßt durch die Stoffknappheit und der damit verbundenen Teuerung der Rohmaterialien haben wir im allgemeinen Interesse unserer werten Kundschaft eine

Sonder-Abteilung

für Wenden, Umarbeiten u. Kunst-Stopfen

getragener Kleidungsstücke eingerichtet. Wir empfehlen schon jetzt Winter-Kleidungsstücke zu diesem Zweck in Arbeit zu geben.

Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt.
838

Wintergarten, Magdeburgerstr. 65,
ist verschiedenartiges Brennholz zu verkaufen. 1288

Arbeitsmarkt

Aelt. Hausdiener als Packer
sofort gesucht. *445
K. Herold, Zigarren-Geschäft, Gr. Steinstraße 88.

Werkzeugschlosser, Schnitt- u. Stanzenbauer
möglichst ältere Jahrgänge, für meine Werkzeugfabrik mit ausschließlich dringendsten Heereslieferungen beschäftigt, nach Dringlichkeitsklasse I, per sofort gesucht.
*826 Schriftliche oder persönliche Meldungen bei
Gossweiler Werkzeug-Fertigmacherei Schwarzenberg I. Schl.

Familien-Nachrichten.

Nach langem, schweren Leiden verschied am 5. Juni, abends 9¾ Uhr, meine liebe Frau, unsere innigstgeliebte Mutter, Großmutter, Tochter und Schwiegertochter, Frau

Henriette Krähnert
geb. **Thöroff.**

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Reinhold Krähnert sen., Triftstraße 18, I.

Die Beerdigung findet Sonnabend, 8. Juni, nachmittags 8 Uhr von der Leichenhalle des Gertrauden-Friedhofes aus statt. 835

Am 5. Juni, abends 9 Uhr, starb nach längerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Tochter

Adele Rosch geb. **Hinze,**
im 27. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Familie **Wilhelm Hinze.**

Die Beerdigung findet Sonnabend nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Süd-Friedhofes aus statt. 838

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180607-18/fragment/page=0008